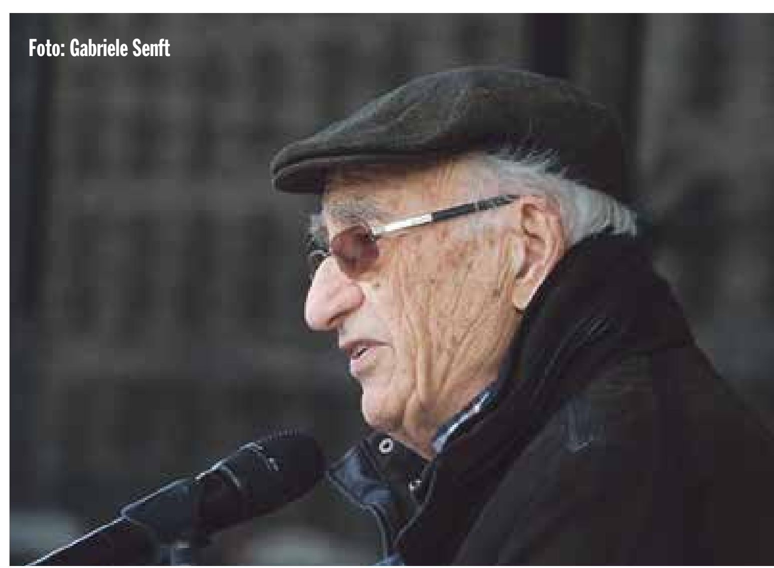
Demo gegen Hass und Rassismus im Bundestag in Berlin, 22. Oktober 2017

Peter Neuhof: »Stoppen wir gemeinsam die AfD«

Auf der gegen Rassismus und AfD gerichteten Kundgebung der 12.000 am 22. Oktober auf dem Platz des 18. März am Brandenburger Tor in Berlin sprach auch der 1925 geborene Journalist und VVN-BdA-Aktivist Peter Neuhof. Sein Vater wurde als jüdischer Kommunist im KZ ermordet. Neuhofs Rede wurde in den Medien stark beachtet. Hier ist der Wortlaut:


Foto: Gabriele Senft

Ich bin Jahrgang 1925. Meine Erinnerungen reichen also weit zurück, erlebte Geschichte. Bittere Geschichte. Verfolgung, Ausgrenzung und schließlich Mord. Ich weiß, worüber ich spreche. Ein Großteil meiner Familie überlebte nicht das sogenannte 3. Reich. Für viele, für allzu viele war das doch damals eine Alternative für Deutschland! Die hieß doch NSDAP, die Partei der Braunen, auch Faschisten genannt. Führer befiehl, wir folgen dir. Bis dann alles in Scherben lag. Kommunisten, Sozialdemokraten fanden nicht zusammen. Sie bekämpften sich, die Massen wandten sich von ihnen ab, denn da erschien ein Heilsbringer und versprach ihnen, sie aus dem Elend herauszuführen.

Am deutschen Wesen sollte die Welt genesen, das war Wilhelm II. Ergebnis bekannt. Dann der Braunauer. Neuordnung Europas. Ergebnis ebenfalls bekannt. Und jetzt Deutschland den Deutschen. Kennen wir. Kommt bekannt vor. Wohin führt diese Politik?

Unser Protest heute richtet sich gegen eine Partei, die mit völkischen, nationalistischen, ausländerfeindlichen Parolen, ja auch mit faschistischen Gedanken, in deutsche Parlamente eingezogen ist, und das nach alledem, was die Hitlers der Welt und uns angetan hatten.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, der Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald sollte den Weg in ein neues Deutschland weisen.

Inzwischen stehen deutsche Soldaten wieder an vielen Fronten, angeführt von einer Ministerin, die sich Verteidigungsministerin nennt. Kein Wunder, dass sich auch eine Partei mit braunem Stallgeruch etablieren konnte, eben die AfD. Zudem der Schoß ja noch fruchtbar ist, um mit Brecht zu sprechen. Besorgte Bürger, gesundes Volksempfinden, der Weg zurück. Ängste werden instrumentalisiert. Sozialer Abstieg, Identitätsverlust, Überfremdung. Das Repertoire der Populisten. Das soll mich nicht an so vieles erinnern? Geschichte wiederhole sich nicht, so sagt man. Können wir da so sicher sein? Überall in Europa erstarken die Populisten. Ginge es nach ihnen, sähe Europa anders aus. Jüngstes Ergebnis Österreich, Tschechien. Blicken wir auf Frankreich, auf die Niederlande, Entwicklungen in Skandinavien, von Ungarn und anderen Ländern. Protestparteien im Aufwind. Und ein Gauland, einer der Anführer der AfD, meint, wir, die Deutschen, könnten stolz sein auf unsere Soldaten, er meinte die Soldaten, die auf Befehl und auch willig Europa überfallen hatten. Aus Gauland spricht der Geist, der Ungeist der Vergangenheit. Demokraten aller Couleur sind dazu aufgerufen, diese Entwicklung zu stoppen. Noch ist Zeit, schon droht die CSU sich nach rechts zu öffnen. Um ganz rechts zu bändigen, um nicht noch mehr Stimmen zu verlieren. Der Herr Seehofer…

20 Prozent der Wähler in Sachsen wählten rechts, nicht irgendwie konservativ, nein, ultrarechts, eben AfD. Niemand soll die Augen verschließen, wegsehen, weghören oder sagen, das geht vorbei. Das kann schief gehen, das ist schon schief genug. Natürlich schreiben wir nicht das Jahr 33, aber nicht nur in Dresden grölen Nachbraune, angestachelt von üblen Hetzern ihr »Wir sind das Volk« und »Ausländer raus«. Rassistisches Gebrüll. Demonstrationen, Kundgebungen. Übergriffe, Drohungen. Sollen wir hoffen, dass diese Partei sich über kurz oder lang selbst zerlegt? Wohin geht Frau Petri, wer folgt ihr? Über Nacht wird aus ihr kaum eine Demokratin geworden sein. Die AfD ist ein Sammelbecken rechter Gesinnung. Deutschland den Deutschen. Von Reinrassigen sprechen sie noch nicht, aber ihre Anführer denken so. Dagegen ist Widerstand angesagt. In vielfältiger Form. Schweigen, Wegsehen ist keine Lösung. Aus den Fehlern von Weimar lernen.

Rassistisches Gebrülle der Nachbraunen. Das soll nicht an so manches erinnern, das längst der Vergangenheit zugeordnet schien? Heute Realität in deutschen Landen. Heute geht es um Flüchtlinge. Asylsuchende, die zu uns strömen, weil sie in ihren Heimatländern ihres Lebens nicht mehr sicher sind, weil sie nicht mehr länger im Elend leben wollen. Verhältnisse, an denen unsere Gesellschaft mitverantwortlich ist, an den Kriegen, an der Armut. Hilfe, Solidarität, Verständnis ist angesagt, keine leichte Aufgabe, Probleme über Probleme, die AfD profitiert davon. Sie schürt Ängste. Und so manche Medien – gar nicht so wenige – tun das Übrige…

Werden die Stimmen der Vernunft auf der Straße oder wo auch immer das Geschrei der Neofaschisten und der »besorgten« Bürger übertönen, zum Schweigen bringen? Ich hoffe es. Mögen sich viele an der Kampagne beteiligen, so wie es hier auch auf den unzähligen Plakaten zum Ausdruck kommt. Stoppen wir gemeinsam die AfD.

Ausstellung: »Der Arm der Bewegung«



Die Ausstellung besteht aus 11 Roll-Ups im Format 85 cm x 200 cm, Gesamtgewicht 22 kg in 2 Reisetaschen. Aufbauzeit unter 30min.

Verleihbedingungen unter vvn-bda.de/ausstellung-der-arm-der-bewegung/

Petition an die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke

Keine Zusammenarbeit mit der AfD!

Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und die Verherrlichung von NS-Verbrechen dürfen in Deutschland nie wieder einen Platz haben – weder auf der Straße noch im Bundestag.

Die AfD ist eine rassistische Partei, mit der Nazis und Antisemiten in die Parlamente einziehen. In der Bundestagsfraktion stellt Höckes Nazi-Flügel die größte organisierte Strömung.

Die AfD ist undemokratisch. Demokratie bedeutet Mitsprache für alle Menschen, unabhängig ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer Kultur, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung. Die AfD will Menschen aufgrund von solchen Kriterien entrechten und abschieben. Sie stachelt Gewalt an gegen Geflüchtete, Muslime, Antifaschist*innen und alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie und die Menschen, die hier leben. Die einzige Möglichkeit, diese Gefahr abzuwenden, ist die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit der AfD. Sonst werden Hass und Hetze zum Alltag im Bundestag und in der Gesellschaft.

STOPPT DIE AFD

Wir erwarten, dass die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Linke, Grünen und FDP sich klar von der AfD abgrenzen und nicht mit der AfD und ihren Abgeordneten zusammenarbeiten. Wir fordern Widerspruch gegen rassistische, gewaltverherrlichende und Hassparolen der AfD, wo auch immer sie auftauchen.

Zusammen können wir ein Zeichen setzen: Für Solidarität statt Hetze. Rassismus ist keine Alternative.

Ihr wollt Unterschriften sammeln?

Super! Unterschriftenlisten zum Herunterladen gibt es unter www.aufstehen-gegen-rassismus.de/wp-content/uploads/Petition_Unterschriftenliste_klein.pdf.

Ihr könnt im Freundeskreis oder unter Arbeitskolleg*innen Unterschriften sammeln, die Listen in Cafés, Kneipen und anderen Treffpunkten auslegen oder einen Infostand in der Fußgängerzone machen.

Die ausgefüllten Listen könnt ihr dann selbst mit dem Handy abfotografieren und das Foto hochladen auf folgende Adresse: www.openpetition.de/eingang/petition/solidaritaet-statt-hetze-keine-zusammenarbeit-mit-der-afd-im-bundestag

Gebt beim Hochladen an, wie viele Unterschriften auf dem Blatt stehen. Wenn ihr dort außerdem noch die Email-Adressen eintragt, können wir diese Menschen in Zukunft zu unseren Aktionen gegen die AfD und gegen Rassismus einladen.

Alternativ könnt ihr uns die Unterschriftenlisten per Post schicken an:

Aufstehen gegen Rassismus
c/o VVN-BdA
Magdalenenstr. 19
10365 Berlin

Werde Stammtischkämpfer*in

STAMMTISCH KÄMPFER*INNEN

Wir alle kennen das: In der Diskussion mit den Arbeitskolleg*innen, dem Gespräch mit der Tante oder beim Grillen mit dem Sportverein fallen Sprüche, die uns die Sprache verschlagen. Später ärgern wir uns, denken, da hätten wir gerne den Mund aufgemacht, widersprochen, die rechten Parolen nicht einfach so stehen lassen.

Hier wollen wir ansetzen und Menschen in die Lage versetzen, die Schrecksekunde zu überwinden, Position zu beziehen und deutlich zu machen: Das nehmen wir nicht länger hin!

Nimm an einem kostenlosen Seminar teil – Termine in deiner Nähe findest du auf: www.aufstehen-gegen-rassismus.de/termine oder organisiere selbst ein Seminar – wir helfen dir gerne dabei! Schreib uns: stammtisch@aufstehen-gegen-rassismus.de

Du willst aktiv werden?

Was tun, wenn die AfD einen Infostand oder eine Veranstaltung bei dir plant? Du willst dich gegen Rassismus und rechte Hetze engagieren, weißt aber nicht, wie du anfangen kannst? Tipps und Tricks findest du in unseren Aktionsanleitungen.

Herunterladen oder bestellen kannst du die Anleitungen, Plakate, Flyer, Aufkleber und mehr auf unserer Webseite: www.aufstehen-gegen-rassismus.de

Aufruf zu Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag in Hannover am 2.12.17

Der 24. September 2017 markiert einen Einschnitt: Erstmalig seit Jahrzehnten sind Neonazis in den Bundestag eingezogen. Die AfD hat sich in den letzten Jahren radikalisiert und sie scheint sich weiter zu radikalisieren. Der Nazi-Flügel gewinnt an Einfluss und kann ungehindert seine Provokationen vertreten.

Die Alternative für Deutschland:
- will die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus und des Holocaust tilgen;
- hetzt gegen Geflüchtete, Muslim*innen, Jüd*innen und andere Minderheiten in Deutschland;
- fordert »Minuszuwanderung«, sprich Massendeportationen von Migrant*innen und Muslimen;
- spricht Muslim*innen das Recht auf freie Religionsausübung ab;
- vertritt ein reaktionäres Gesellschafts- und Familienbild und will Frauenrechte einschränken;
- tritt für eine Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft ein;
- ist vielerorts mit der extremen Rechten verzahnt und beteiligt sich an Straßenmobilisierungen der extremen Rechten.

Auf ihrem Bundesparteitag in Hannover wird die AfD den zukünftigen Kurs abstecken und ihren Vorstand neu wählen. Ein weiterer Rechtsruck ist absehbar. Wir werden verhindern, dass Rassist*innen für ihre Hetze noch weiteren Raum bekommen. Wir werden nicht zulassen, dass die AfD mit ihrem radikal rechten Programm noch weiter an Einfluss gewinnt. Deshalb nehmen wir den Parteitag der AfD zum Anlass, um gemeinsam mit tausenden Menschen gegen die menschenverachtenden Positionen dieser Partei zu demonstrieren und deutlich zu machen: Wir stehen an der Seite von Geflüchteten, von Muslim*innen und von allen anderen, die rassistisch diskriminiert und bedroht werden, an der Seite von allen Minderheiten, die nach dem Willen der AfD systematisch benachteiligt und ausgegrenzt werden sollen. Wir treten ein für die Lehren aus den deutschen Verbrechen der Vergangenheit, die sich niemals wiederholen dürfen.

Daher rufen wir dazu auf, am 2. Dezember in Hannover gegen die AfD auf die Straße zu gehen. Unser Protest wird lautstark und vielfältig sein.

»Wenn es die VVN nicht seit 70 Jahren gäbe, müsste man sie gründen.«

VVN feierte Gründung am historischen Ort

Am 3. September fand im »Linken Zentrum Lilo Herrmann«, der früheren Gaststätte »Rebstöckle«, die Feier zum 70. Geburtstag der VVN Württemberg-Baden statt. Im großen Nebenraum vom Rebstöckle gab es über Jahrzehnte Theateraufführungen. In diesem großen Theatersaal wurde vor 70 Jahren auch die VVN gegründet.

Nachdem das Haus jahrelang leer gestanden hatte, beherbergt es heute das »Linke Zentrum Lilo Herrmann« und ist damit ein Zentrum antifaschistischer Arbeit in Stuttgart. Die jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten haben sich sehr bewusst für die Namensgeberin entschieden – Antifaschistin aus Stuttgart, die bereits 1938 wegen »Hochverrats« von den Nazis hingerichtet worden ist.

VVN-BdA-Landessprecherin Ilse Kestin begrüßte die fast 80 Gäste und führte aus, dass die VVN-BdA auch 70 Jahre nach ihrer Gründung noch gebraucht wird. Nach wie vor seien wir ein aktiver Teil der antifaschistischen Bewegung. Sie zitierte den Stuttgarter Widerstandskämpfer und ersten Vorsitzenden der VVN Friedrich Schlotterbeck: »Unsere erste Aufgabe ist, am Aufbau und der Sicherung einer wirklichen und nicht nur formalen Demokratie mitzumachen.« Sie betonte, wie wichtig die Bündnisfähigkeit der VVN-BdA ist, »weil wir nur zusammen mit anderen wirksam gegen Rassismus und Neonazismus kämpfen können«.

Den Bezug zu heute stellten verschiedene Grußworte her. Sie würdigten den Stellenwert der VVN-BdA in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen gegen rechte Tendenzen in der Gesellschaft. Michael Kashi vom Vorstand der israelitischen Gemeinde Württemberg berichtete von Briefen und Mails voller Antisemitismus, Hass und Mordphantasien, die die Gemeinde erhält. In das Bild passt, dass die neueröffnete Synagoge in den letzten Wochen bereits zweimal geschändet wurde. Er betonte in seinem Grußwort, wie wichtig es sei, in der VVN-BdA seit siebzig Jahren eine Organisation an der Seite zu haben, die gegen jeden Antisemitismus angeht.

Die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf erinnerte daran, dass die Politik der Faschisten auf Krieg und die Eroberung der Welt ausgerichtet war. Anhand ihrer kürzlich unternommenen Urlaubsreise nach Osteuropa berichtete sie von Schlachtfeldern, aber auch vom Widerstand, der den Faschisten entgegengebracht worden war. Wichtig sei, so Gabriele Frenzer-Wolf, an beides zu erinnern und nicht die Geschichte zu entsorgen, wie es Gauland kurz zuvor gefordert hatte. »Wenn es nicht seit 70 Jahren die VVN gäbe, müsste man sie gründen.«

Grußworte gab es noch vom Bundesvorsitzenden der Linken Bernd Riexinger, der jahrelang als Gewerkschafter in Stuttgart gewirkt hatte, von der DKP und von den jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten des »Linken Zentrums Lilo Herrmann«.

Schriftliche Grußworte gab es vom Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma. Ihr Landesvorsitzender Daniel Strauß hatte mit großem Bedauern noch morgens wegen Krankheit abgesagt. Es gratulierte der Stadtjugendring Stuttgart und eine Schwulenorganisation Baden-Württembergs. In deren Grußwort heißt es, dass es wichtig sei, dass alle von den Nazis verfolgten Menschen Anerkennung als Verfolgte bekommen.

VVN-BdA-Bundesvorsitzender Axel Holz betonte zum Abschluss die Notwendigkeit, auch in Zukunft gegen rechte Entwicklungen aufzustehen. Er betonte auch, dass die Organisation die neuerdings immer wieder vorgebrachten Vorwürfe gegen den Schwur von Buchenwald nicht hinnehmen werde.

Unter dem Motto »Und weil der Mensch ein Mensch ist«, gestaltete die Kreisvereinigung Ortenau das Bühnenprogramm.



Rund 80 Gäste nahmen am 3. September 2017 an der Feier zum 70. Jahrestag der Gründung der VVN Württemberg-Baden im »Linken Zentrum Lilo Herrmann« teil.

Nach dem offiziellen Programm gab es die Möglichkeit zusammenzusitzen. Für das leibliche Wohl hatten Aktivistinnen und Aktivisten des Linken Zentrums Lilo Herrmann mit einem reichhaltigen Büffet gesorgt. Auch dafür möchten wir uns noch einmal herzlich bei ihnen bedanken.

Die Wortbeiträge können auf der Internetseite www.beobachternews.de/2017/09/28/niemals-aufhoeren-zu-erinnern/ angehört werden.

Janka Kluge

Grußwort der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg, Muhterem Aras, zum 70-jährigen Jubiläum der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten

Sehr geehrte Frau Kestin, meine sehr verehrten Damen und Herren,

zwei Jahre nach Ende des II. Weltkrieges und des Zusammenbruchs des Nationalsozialistischen Regimes wurde der Dachverband »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« in Deutschland gegründet. In Württemberg-Baden-Hohenzollern folgte noch im selben Jahr ein Landesverband, der bis heute in Stuttgart seinen Sitz hat.

Überlebende aus den Lagern, Widerstandskämpferinnen und -kämpfer und politisch Verfolgte haben sich damals zusammengeschlossen, nicht nur, um dem schnellen Vergessen der Deutschen etwas entgegenzusetzen und sich gegenseitig beim Zurückfinden in die Gesellschaft zu unterstützen.

Sie waren nicht bequem für die sich aus den Trümmern neu orientierende deutsche Gesellschaft und die junge Republik, die vergessen und das Land wiederaufbauen wollte. Vielmehr wollten Sie aufklären, konfrontieren und vor allem weiterhin bestehendes Unrecht auf vielen Ebenen aufdecken. Eine Aufgabe, die Sie bis heute verfolgen.

In den letzten 70 Jahren haben die Mitglieder der VVN, und später der VVN-BdA wechselvolle Zeiten erlebt. Heute sind Sie überparteilicher und konstruktiver Teil all derer, die sich um eine lebendige, kritische, ja, auch mahnende Erinnerungskultur bemühen und daraus Zukunft gestalten wollen.

Dies ist umso wichtiger, zumal wir in den letzten Jahren in Deutschland und Europa nationalistischen und rechtspopulistischen Tendenzen ausgesetzt sind, denen alle demokratischen Kräfte gemeinsam entgegentreten müssen, um die Offenheit und Freiheit unserer vielfältigen Gesellschaft nicht nur zu verteidigen, sondern sie zu stärken.

Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihr großes Engagement und Ihre sachkundigen Beiträge, die ich bei den Vorbereitungen zum jährlich stattfindenden »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« zu schätzen gelernt habe.

Deshalb ist es mir eine große Freude, Ihnen und der VVN-BdA meine herzlichsten Glückwünsche zukommen lassen zu dürfen.

In ihrer Vita Activa hat Hannah Arendt formuliert, was für uns alle den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellt: »Das Einzige, woran wir die Realität der Welt erkennen und messen können, ist, dass sie uns allen gemeinsam ist.«

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen und grüße Sie herzlich

Muhterem Aras, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, im August 2017

Redaktion dieser Seite:
Janka Kluge, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.
Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718



Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November: Wolfgang Kummer, München, 90 Jahre; Anneliese Puchner, Ismaning, 85 Jahre; Inge Barck, München, 83 Jahre; Heidi Delbeck, München, 70 Jahre; Inge Graichen, Obing, 70 Jahre; Herta Wohner, Weiden, 70 Jahre; Michaela Peßler, Bamberg, 65 Jahre; Rainer Zahner, Bamberg, 65 Jahre; Sami Gök, Gräfenberg, 60 Jahre; Veit Gumtow, Amberg, 60 Jahre; Hedwig Krimmer, München, 60 Jahre; Helga Schmitt-Bussinger, Schwabach, 60 Jahre; Sieglinde Wechsler, Nürnberg, 60 Jahre

Dezember: Irmgard Göhring, Happurg-See, 96 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 91 Jahre; Marie-Luise Bertram, Augsburg, 88 Jahre; Ernst Grube, München, 85 Jahre; Gerhard Basedow, Nürnberg, 82 Jahre; Anna Mederitsch-Höllenring, München, 81 Jahre; Renate Hennecke, Germering, 70 Jahre; Heiner Frank, Weilheim, 65 Jahre; Klaus Franz, Würzburg, 65 Jahre; Helga Menz, München, 65 Jahre; Andreas Kätzelmeier, Ingolstadt, 60 Jahre; Christine Mößner, Nürnberg, 60 Jahre; Karl Toth, Amberg, 60 Jahre

Nachdem die erste Auflage der Broschüre »Braune Soß aus Nordbayern. Strukturen der Neonazis und extrem Rechten in Franken und der Oberpfalz und der Widerstand dagegen« in den betroffenen Regionen sehr gut angekommen ist, liegt nun seit kurzem eine um zahlreiche Argumente, Fakten und Handlungsempfehlungen erweiterte Neuauflage vor (Hg: Argumente - Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. Berlin 2017).

Die Broschüre (96 Seiten) ist im Einzelverkauf zum Preis von 7,00 EUR plus Versandkosten erhältlich bei: ver.di Mittelfranken, Ulrich Schneeweiß, Nürnberg, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Tel.: 0911/23557-0, Fax: 0911/23557-6700 und auch über die VVN-BdA Nürnberg.

Bayerisches Armeemuseum in Ingolstadt im Zwielicht

Förderverein verbreitet Ultrarechtes

»Rechte Umtriebe beim Förderverein des Bayerischen Armeemuseums«, meldete der Bayerische Rundfunk. Und die Süddeutsche Zeitung schrieb über »Unterstützer des Armeemuseums«, die »rechtsradikale Thesen verbreiten«. Auch der Ingolstädter Donau-Kurier nahm ausführlich Stellung. Weshalb auf der Website der »Freunde des Armeemuseums e. V.« plötzlich nur noch ein altes Bayern-Wappen mit Löwen, Rauten, Trommeln, Fanfaren, Kanonen und Hieb- und Stichwaffen zu sehen war. Und, kryptisch auf Künftiges bezogen, die Ankündigungen: »Wir arbeiten an uns« und »bald wieder verfügbar«.

Im Donau-Kurier stand auch, dass die Enthüllungen über Rechtsaußen-Engagements geplantes Größeres verhagelt hätten: »Am 28. Oktober wollte der Verein der Freunde des Bayerischen Armeemuseums das 50. Jubiläum seiner Gründung feiern. Im Neuen Schloss. Doch in der einstigen Herzogsresidenz blickte man diesem Jubeltag mit großem Unbehagen entgegen. Denn das Verhältnis zwischen dem Leiter des staatlichen Museums, Ansgar Reiß, und dem Vorsitzenden von dessen Förderverein, Ernst Aichner, gilt seit der Berufung des heutigen Direktors als zerrüttet; das war 2010. Reiß‘ Vorgänger hieß Aichner. Der jetzt publik gewordene Skandal um geschichtsrevisionistische und rechtsradikale Texte auf der Homepage des Freundeskreises hat die Spannungen verschärft.«

Es geht um Vorträge von, so der BR, »bekannten Geschichts-Revisionisten wie Gerd Schultze-Rhonhof oder Franz Seidler, die die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg relativieren und leugnen, sowie um antisemitische Werke des britischen Autors Andrew Carrington Hitchcock über eine angebliche zionistische Weltverschwörung – alles das war auf der Homepage der Freunde des Bayerischen Armeemuseums zu finden«.

Nun sind ja einschlägige Autoren und Referenten wie der einstige Professor an der Universität der Bundeswehr Franz Seidler oder der General a. D. Gerd Schulze-Rhonhof nicht ganz unbekannt. Der »Donau-Kurier« erwähnt bei Letzterem, dass ihm die »als rechtsradikal klassifizierte ›Gesellschaft für freie Publizistik‹« 2014 ihren »Hutten-Preis« verliehen und dieser in seiner Dankesrede gesagt habe, »dass es von Politik, Medien und manchen Historikern ›als sinnvoll erachtet wurde, das Volk der Deutschen gegen eine Vielvölkermischung auszutauschen‹«.

Solche Inhalte gab es wohl auch bei den Vorträgen für den Förderverein des Armeemuseums nicht selten. Allerdings hielt sich da auch die Distanz der Museumsleitung nach Aichners Abgang als Museumschef dazu – so die Medienbeobachter – meist eher in Grenzen. Mit den Homepages des Vereins konfrontiert, scheint sich das ein wenig geändert zu haben.

Während Aichners Museumsleiter-Amtszeit wurde übrigens von kritischen Kreisen in Ingolstadt (VVN-Mitglieder gehörten dazu) und darüber hinaus immer wieder auf Querverbindungen vom Museum zu ganz rechten Szenen hingewiesen. Damals gab es bestenfalls wellenförmige Resonanz, wenn das eine oder andere zu offensichtlich wurde. Danach galt wieder »business as usual«. Mal sehen, wie es dieses Mal läuft. »Bald wieder verfügbar«…?

Ernst Antoni

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

»Einzeltäter«, »unpolitisch«: Vom Umgang mit rechten Mordtaten

Herbst der Überschneidungen

Als auch in diesem Jahr am 26. September des Jahrestages des Bombenanschlags auf das Münchner Oktoberfest öffentlich gedacht wurde, bei dem es 13 Tote und über 200 Verletzte gegeben hatte, fielen Überschneidungen auf. Mit zeitnäheren Mordtaten, mit in München derzeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen, mit »offiziellen« Einordnungen der jeweiligen Geschehnisse, mit Ermittlungsergebnissen und -«pannen«.

So hatte am 22. Juli 2016 ein 18-Jähriger im Münchner Olympia-Einkaufzentrum (OEZ) neun »ausländisch« aussehende Menschen und anschließend sich selbst erschossen. Trotz eindeutiger Bezüge des OEZ-Attentäters auf den norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik als Vorbild, der 2011 über 70 Menschen getötet hatte, trotz des Datums – dem 5. Jahrestag der Breivik-Morde – und diverser Hinweise auf die ultrarechte Gesinnung des jungen Massenmörders beließ man es bei den Ermittlungsbehörden lange dabei, die Taten als Amoklauf eines einstigen »Mobbingopfers« zu klassifizieren. Und darum eigentlich im Grunde »unpolitisch«. Die Deutungshoheit beanspruchte auch hier wieder einmal der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz.

Dieses Interpretations-Gebäude hat nun allerdings einige Risse bekommen. Nicht zuletzt dank eines Gutachtens, das im Auftrag der Landeshauptstadt München von drei Sozialwissenschaftlern über den OEZ-Attentäter David S. erstellt wurde. In diesem wurde entgegen der bisherigen Interpretationen das rassistische Welt- und Menschenbild des Täters ins Blickfeld gerückt, der »Arier«-Kult, dem er anhing. Immerhin bewirkte diese Analyse, dass inzwischen eine große Mehrheit im Stadtrat – auch die CSU – fordert, die OEZ-Morde als rechtsextreme Gewalt einzustufen.

Der Blick auf diese Taten und den Umgang damit hat sich noch verschärft, seit mit Philipp K. ein in die Morde des David S. Involvierter in München vor Gericht steht. Von ihm hatte dieser über das Darknet Tatwaffe und Munition gekauft. Der Prozess zieht sich hin, der Angeklagte hüllt sich in Schweigen. Aber immer deutlicher wird: Der Massenmörder von München hatte durchaus »Umfelder«, die mit ihm zumindest die Gesinnung teilten – und die ihm bei Bedarf auch praktisch zur Hand gingen.

Weiter ein »Dauerbrenner«: NSU

»Die behördliche Aufarbeitung des Oktoberfestattentats vor 37 Jahren und der Morde des NSU in der Zeit zwischen 2000 und 2006 haben eines gemeinsam«, schreibt der »Arbeitskreis Aktiv gegen rechts« in ver.di München in der Einladung zu einer Veranstaltung: »Nach staatlicher Lesart handelte und handelt es sich um die Taten Einzelner. Dagegen spricht vieles. Und beide Male ist es nicht die Bundesanwaltschaft, die das nachweist. Stattdessen haben in beiden Fällen die Opferanwälte akribische Aufklärungsarbeit geleistet.«

Dazu wussten bei der Veranstaltung die Anwälte Werner Dietrich, der seit den 80er Jahren zusammen mit dem Journalisten Ulrich Chaussy beharrlich an der Aufklärung der wahren Hintergründe des Oktoberfest-Massenmords, der Suche nach Mittätern gearbeitet hat und weiter arbeitet und Mehmet Daimagüler, der beim NSU-Prozess als Nebenkläger die Angehörigen der Mordopfer Enver Simsek und Ismail Yasar vertritt, Erhellendes zu berichten. Auch sie werden weitermachen. Wenn der NSU-Prozess in Kürze abgeschlossen sein wird, muss und wird die Aufklärungsarbeit weitergehen.

Dazu bedarf es auch weiterhin der Unterstützung aus der Zivilgesellschaft. Dieser »Herbst der Überschneidungen« hat – zumindest was das Echo in manchen nicht ganz unwichtigen Medien betrifft – hier vielleicht ein Stück weit etwas vorangebracht.

Erik Eichhorn



Gedenkstunde von DGB und Stadt München zum 37. Jahrestag des Oktoberfestattentats. Am Rednerpult Robert Höckmayr, der sich damals als Zwölfjähriger mit seiner Familie am Ort des Bombenanschlags befand. Zwei seiner Geschwister kamen um, er und zwei weitere und beide Eltern wurden schwer verletzt. Foto: Antoni

Vielfältiges Erinnern und Gedenken in Städten und Gemeinden

Stolpersteine und manches mehr

»Wieder können in München einige ›Stolpersteine‹ vor den Wohnungen von Opfern der NS-Verfolgung verlegt werden – auf privatem Grund, weil dies auf öffentlichem Grund (noch) nicht erlaubt ist. Dabei sind auch die bereits gestifteten, aber noch nicht verlegten Steine für die Widerstandskämpfer Otto Binder und Vater und Sohn Olschewski«, konnte die »Initiative Stolpersteine für München e.V.« im Oktober vermelden.

Damit haben der im Münchner Zuchthaus Stadelheim unter ungeklärten Umständen umgekommene Kommunist Wilhelm Olschewski, sein Sohn Willy und dessen Schwager Otto Binder – beide dort unter dem Fallbeil ermordet – nun einen Gedenkort beim Anwesen Augustenstraße 98. In einer Hofeinfahrt, was das zufällige »Stolpern« ein wenig erschwert.

Am gleichen Tag wurden in München an verschiedenen Orten noch weitere Stolpersteine verlegt, die unter anderem an einen ermordeten Homosexuellen und an jüdische Opfer des NS-Regimes erinnern. Auch hier auf »Privatgrund«. »Stolperstein«-Verlegungen und eine Veranstaltung zur Erinnerung an ermordete Homosexuelle gab es auch in Nürnberg. Dort hatte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly die Schirmherrschaft übernommen. Auch in Augsburg fanden neue »Stolperstein«-Verlegungen statt.

Eine andere Form des Gedenkens war in Nürnberg die viel beachtete Ausstellung »Was konnten sie tun?« im »Kulturforum auf AEG«, in der an Einzelbeispielen vielfältige Formen und Persönlichkeiten des antifaschistischen Widerstands gewürdigt wurden. Ergänzt wurde die Wanderausstellung durch Bildstelen über Widerstandskämpferinnen und -kämpfer aus dem Raum Nürnberg, zusammengestellt von der »Nürnberger Initiative Straßennamen für den Widerstand« und eine damit verbundene Stadtführung durch die VVN-BdA.

B.D.

Symposium zum 100. Geburtstag des Résistance-Kämpfers Roman Rubinstein

Lebendiges Gedenken an ein Kämpfer-Leben



Roman Rubinstein sagte in einem Interview von 1997, dass ein Leben dann gelebt wurde, wenn sich darin für etwas eingesetzt worden sei. Das Wichtigste sei, dass man am Ende in einen Spiegel gucken und sich erkennen könne.

Der diesjährige 100. Geburtstag des Résistance-Kämpfers Roman Rubinstein ist Anlass für ein Symposium über Formen des antifaschistischen Widerstandes und die Bedeutung antifaschistischer Biographien für heutiges politisches Handeln. Dazu laden das Deutsche Mauthausen-Komitee Ost, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Verein Zivilcourage vereint e. V. für den 25. November 2017, 11 Uhr, in den Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, ein. Die Schirmherrschaft hat MdB Dr. Gesine Lötzsch übernommen. Martin Michalik wird Biografisches über seinen Großvater Roman Rubinstein erzählen. Silvia Gingold wird über das enge Verhältnis ihres Vaters Peter Gingold zu Roman Rubinstein berichten.



Gedenktafel für Wolfgang Szepansky

Antifaschismus lebt!

Am 11. August 2012 wurde nach langem Bemühen eine Gedenktafel für Wolfgang Szepansky in der Methfesselstraße in Kreuzberg enthüllt. Hier hatte er im August 1933 »Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!« an die Mauer der damaligen Schultheiß-Brauerei geschrieben und wurde daraufhin verhaftet.

Die Tafel wurde im Februar 2015 zerstört, ebenso die zwei darauffolgenden Tafeln, die letzte erst im Februar 2017. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, das Aktive Museum – Faschismus und Widerstand in Berlin e. V. und die Berliner VVN-BdA e. V. haben in einer gemeinsamen Aktion die Gedenktafel, nun besser geschützt gegen Vandalismus, erneuern lassen und setzten damit ein Zeichen gegen diesen politisch motivierten Akt der Zerstörung.

Im Rahmen der Gedenktafelenthüllung wurden Texte von Wolfgang Szepansky gelesen und Tonaufnahmen mit Liedern von ihm abgespielt. Die Stadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Clara Herrmann, sprach ein Grußwort. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von Isabel Neuenfeldt. Rund 90 Personen nahmen trotz des kalten, regnerischen Wetters an der Gedenkveranstaltung teil.

F.B./J.H.

Erinnerung an Dorothee und Harald Poelchau

Menschlichkeit gewürdigt

Am 18. September 2017 wurde an der Poelchaustraße Ecke Märkische Allee eine Erinnerungsstele für das Ehepaar Dorothee und Harald Poelchau übergeben. Beide halfen zwischen 1933 und 1945 mit Mut, Wachsamkeit und meist illegal Angehörigen von Gefangenen, Juden und anderen Verfolgten. Beide wurden 1972 von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als Gerechte unter den Völkern geehrt.


Foto: Karin Dalhus

Harald Poelchau war von 1933 an evangelischer Gefängnispfarrer in Tegel, Plötzensee, Moabit und weiteren Gefängnissen und begleitete dort Inhaftierte des deutschen und ausländischen Widerstands, u. a. der Roten Kapelle, des Kreisauer Kreises und des 20. Juli 1944. Vielen stand er bis in ihre letzten Stunden zur Seite und wurde Zeuge von etwa tausend Hinrichtungen. Ziel der Initiatoren des Erinnerungsprojekts war es, über die Namensgeber zu informieren und an ihre gelebte Menschlichkeit und Zivilcourage zu erinnern.

An der feierlichen Einweihung nahmen der Sohn Harald S. Poelchau jun. und Tochter Andrea Siemsen teil. Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Die Linke) sprach ein Grußwort. Das Ökumenische Forum Berlin-Marzahn e.V. übernahm die Trägerschaft. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und das bezirkliche Bündnis für Demokratie und Toleranz wurden als Kooperationspartner gewonnen. Schulen wie das Viktor-Klemperer-Kolleg, die Poelchau-Schule (Sportschule im Olympiapark) und das Wilhelm-von-Siemens-Gymnasiums in Biesdorf sowie Marzahn-Hellersdorfer Initiativen waren einbezogen.

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 20. November 2017, 18.30 Uhr. Buchvorstellung mit Anne Allex: Sozialrassistische Verfolgung im deutschen Faschismus. Kinder, Jugendliche, Frauen als sogenannte Asoziale – Schwierigkeiten beim Gedenken. Der Sammelband dient der Aufarbeitung der Geschichte der so genannten Asozialen und so genannten Kriminellen im deutschen Faschismus. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen der (sozial) rassistischen NS-Sozialpolitik auf Kinder, Jugendliche und Frauen, die als »arische« »Minderwertige« mit Deportationen in Arbeitshäuser, Kinderheime, Psychiatrien, Konzentrationslager, Zwangssterilisation und Vernichtung durch Arbeit oder in Todesanstalten »ausgemerzt« werden sollten. Der Band gibt einen Überblick über Forschungen von Initiativen, Einzelpersonen und Angehörigen und versteht sich als Anregung zur Auseinandersetzung mit Klischees, Vorbehalten und Vorurteilen zu oben genannten Personenkreisen. Das Gespräch mit Anne Allex führt Frieder Böhne.

Montag, 18. Dezember 2017, 18.30 Uhr Zwischen Traumatisierung, Rückzug und Erfüllung eines Vermächtnisses: Kinder der Naziverfolgten. Ein Gespräch über das Selbstverständnis von Angehörigen der zweiten Generation. Mit Hans Coppi, Eva Nickel und anderen.

Tag der Mahnung: Antifaschistische Konferenz

Anstößig bleiben

»Deutschland wieder gutgemacht? Erinnerungskultur im Wandel und vor neuen Herausforderungen« war in diesem Jahr Thema des Tages der Erinnerung, Mahnung und Begegnung. Vom 8. bis 10. September hatten wir zu einer in dieser Vielfalt und Breite eher seltenen Konferenz mit dreizehn (!) Workshops in die Technische Universität eingeladen.

Die in Jahrzehnten mühsam errungene Erinnerungskultur – immer wieder begleitet von Versuchen, die NS-Zeit zu verdrängen statt aufzuarbeiten – bleibt eine emanzipatorische Errungenschaft. Vorrangig an (runden) Gedenktagen beziehen sich inzwischen Politiker und Politikerinnen mit gehörigem »Aufarbeitungsstolz« und »Selbstlob« auf den weltweit angesehenen Umgang mit der NS-Vergangenheit.

Anliegen der Konferenz war es, die Kultur des Erinnerns und Gedenkens hinsichtlich ihrer zeitgemäßen Wirksamkeit und Zukunftsfähigkeit zu hinterfragen und sie zugleich gegen Angriffe und Geschichtsfälschungen seitens der extremen Rechten und aus Reihen der AfD zu verteidigen.

Der »Zivilisationsbruch« richtete sich von 1933 bis 1945 im beispiellosen Terror zunächst nach innen und setzte im Holocaust, Völkermord, Raub- und Vernichtungskrieg seinen millionenfachen Todeszug fort. Jedoch davon unbeeindruckt läuft die Erinnerungspolitik mit der faktischen Prioritätssetzung der Bundesregierung auf die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hinaus. Detlef Garbe, Leiter der Hamburger KZ-Gedenkstätte Neuengamme, setzte sich für eine Beseitigung der Ungleichgewichte und einen Wandel in der Kultur des Gedenkens ein: »Gerade weil die Überlebenden verstummen werden, dürfen die Gedenkstätten nicht stummer Stein sein, nur dem ritualisierten Gedenken zu bestimmten Anlässen vorbehalten. Sie müssen vielmehr anstößig bleiben, die Menschen nicht zum Schweigen, sondern zum Sprechen bringen, Fragen aufwerfen, aus dem Gedenken heraus zum Nach- und Weiterdenken führen... Verlieren Gedenkstätten das Unbequeme und ihre Anstößigkeit, sind sie als Lernorte nicht zukunftsfähig.«

In der von Cornelia Siebeck moderierten Podiumsdiskussion ging es um das Paradox, dass sich die Gedächtniskultur zunehmend selbst zu genügen und von aktuellen politischen Entwicklungen zu entkoppeln scheint. Der NSU-Terror, die anhaltende Konjunktur rechter Gewalt, Ansätze einer völkischen Bewegung, die Enttabuisierung offen rassistischer und sozialdarwinistischer Perspektiven – all das steht merkwürdig unverbunden neben dem verbreiteten Narrativ einer »erfolgreichen« gesellschaftlichen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.

Gideon Botsch analysierte das Geschichtsbild der extremen Rechten und der AfD. Deren Geschichtserzählungen schotten sich gegen empirische Überprüfungen ab. In der vertretenen »wahren« Geschichte werden überlieferte Fakten aus ihrem historischen Kontext gelöst, eigenwillig interpretiert und mit nur behaupteten oder sogar frei erfundenen Fiktionen kombiniert. Zum anderen warnte der Mitarbeiter am Moses Mendelsohn-Zentrum Potsdam vor einer zum Ritual erstarrten Erinnerungspolitik, die den Mythen der historisch-fiktionalen Gegenerzählungen zusätzliche Attraktivität verleihen würde.

In den 13 Workshops zeigte sich, dass nach wie vor von zahlreichen gedenk- und erinnerungspolitischen Initiativen und Akteuren Impulse zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und der Gegenwart ausgehen. Die schon während der Podiumsdiskussion andiskutierte Rolle der Nachkommen von NS-Verfolgten wurde in einem Workshop mit über 30 Beteiligten vertieft. Dabei stand im Mittelpunkt, wie die erzählte oder manchmal auch verschwiegene Familiengeschichte ihr Leben geprägt hat. Ausgehend von Erlebnissen und Erfahrungen wurde eingehend darüber debattiert, ob für die Folgegenerationen die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit anders verlaufe als z. B. für Historiker und Historikerinnen oder Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Gedenkstätten, handele es sich für die Nachfahren doch um eine oftmals anhaltend traumatische und sehr persönliche Angelegenheit. Einige fühlen sich mit diesen Bedrückungen weitgehend allein gelassen und kommen sich isoliert vor. Obwohl bei den jährlichen Befreiungsfeierlichkeiten Gefahren beschworen werden, die eintreten können, wenn die letzten Zeitzeugen sterben, verbreite sich das Gefühl, dass manche es kaum erwarten können, dass diese tatsächlich verstummen. Das »Trauma unserer Generation« sei nicht als »familiäre Folklore« zu verstehen.

In den Workshops zu »verfolgt bis in die Gegenwart: Sinti und Roma« wie auch zu »bewusst verschwiegenen Asozialen« vermittelten Petra Rosenberg und Liane Lieske als Angehörige ihre bedrückenden Erfahrungen. Dabei zeigt sich, dass die damaligen Gewaltverhältnisse und die tradierten Vorurteile oftmals bis heute weiterwirken. Sie spiegeln sich auch in der unbewussten Übermittlung von Erfahrungen der Eltern/Großeltern und in der ungewollten Weitergabe von Traumatisierungen. Zu diesen Themen sollten wir weitere Gesprächsforen vorbereiten. Dazu gehört auch die Einbeziehung der biografischen Reflexionen der Nachfolgegenerationen, weil sie in der persönlichen Vermittlung von Verfolgung, Widerstand und Exil kognitive mit emotionalen Zugängen vereinen können.

Während des Abschlussplenums und in Gesprächen äußerten viele Teilnehmende, dass sie von der Konferenz angetan waren, konnten sie doch Neues aufnehmen, sich in die Diskussion einbringen, Anregungen vermitteln und erhalten, Mitstreiter und Mitstreiterinnen und deren Ansätze und Probleme kennenlernen. Einige hätten gerne länger als die vorgesehenen 90 Minuten zusammengesessen. Andere fanden die aufgeworfenen Fragen interessant und bedauerten, dass sie wegen anderweitiger Termine und Verpflichtungen an diesem Wochenende nicht teilnehmen konnten. Mit diesem Rückenwind sollten wir unser Konzept weiter verfolgen. Wir danken sehr herzlich Volkmar Harnisch für sein Grußwort, den Referierenden, den Moderierenden, dem ASTA der TU für Kooperation und Unterstützung sowie allen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz.

Hans Coppi

Weitergehende Informationen zum Konzept und Ablauf der Konferenz finden sich auf der Website www.tag-der-mahnung.de

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: hans.coppi@web.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Konferenz 8.-10.9.17
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Friedenspolitische Veranstaltung

»ohne Frieden ist alles nichts!«

Unter dem Titel »'... ohne Frieden ist alles nichts!' – Abrüsten statt Sozialabbau« findet am Freitag, dem 10. November, von 18.00 bis 21.00 Uhr eine friedenspolitische Veranstaltung der Berliner VVN-BdA im Rathaus Kreuzberg statt. Ort ist der BVV-Saal im Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin (U6, U7 Mehringdamm)

Es sprechen:

- Lühr Henken, FriKo Berlin, Deutschland rüstet auf – was kann die Friedensbewegung dagegensetzen
- Heinrich Fink, Ehrenvorsitzender der VVN, 70 Jahre VVN – 70 Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg
- Felix Werdemann, ICAN-Deutschland , Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen
- Barbara Majd Amin, Berlin, GEW, Friedensbewegung in Aktion – die Blockadeaktionen in Büchel

Es ist Vorabendveranstaltung und friedenspolitischer Auftakt für die Landesdelegiertenversammlung der Berliner VVN-BdA e. V., die am Sonnabend, 11. November 2017, ab 10.00 Uhr unter dem Motto »Für eine Welt des Friedens und der Freiheit« ebenfalls im BVV-Saal des Rathauses Kreuzberg stattfindet. Mitglieder sind herzlich eingeladen. Um Anmeldung wird gebeten.

Gedenktag für die jugendlichen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer vorgeschlagen

Sie alle handelten aus eigenem Antrieb

Seine persönlichen Betrachtungen über seine Jugend in Hamburg mit all den Bombennächten und die Erfahrungen mit den dortigen Männern und Frauen des Widerstandes verbindet Ulrich Sander mit dem Vorschlag, den 27. Oktober jeweils jährlich als »Tag der jugendlichen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer« zu begehen.

An jenem Tag wurde der jüngste vom Volksgerichtshof verurteilte Widerstandskämpfer, der 17-jährige Hamburger Verwaltungslehrling Helmuth Hübener, in Plötzensee enthauptet, außerdem der 22-jährige kommunistische Arbeiter Gustav Richter und sein Vater – letzterer, weil er seinen Sohn nicht von der Widerstandstätigkeit in einem Rüstungsbetrieb in Dresden abhielt. Der Bundessprecher der VVN-BdA Ulrich Sander sprach vor einer Gruppe junger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich auf eine Fahrt der DGB-Jugend MEO und der VVN-BdA Essen nach Hamburg zu dortigen Stätten von Widerstand und Verfolgung vorbereiteten.

»Der Gedenktag 27. Oktober sollte zum Anlass genommen werden, an die jungen Menschen zu erinnern, die aus eigener Verantwortung und aus dem Gewissen heraus, ohne organisatorischen und politischen Hintergrund, gegen die Nazis aufstanden. Weiße Rose, Edelweißpiraten, Jungkommunisten, junge Christen und jugendliche ‚Rundfunkverbrecher' zählt Prof. Karl Heinz Jahnke (1934-2009), der größte Kenner und Erforscher des Jugendwiderstandes, zu den insgesamt 268 Jugendlichen, die von 1933 bis 1945 von der Nazijustiz als Widerstandskämpferinnen und -kämpfer per Justiz ermordet wurden.« (Siehe K. H. Jahnke: »Jugend unter der NS-Diktatur 1933-1945«, 2003 Rostock). Allein in der Zeit von der ersten Flugblattverteilung der Weiße Rose im Juni 1942 bis zur letzten Gerichtsverhandlung gegen Weiße-Rose-Mitglieder im Oktober 1943 seien 49 ebenfalls sehr junge Widerstandskämpferinnen und -kämpfer verurteilt und hingerichtet worden. Sie seien weithin unbekannt geblieben. Sander: »Unbekannt war auch, dass der Hamburger Justizsenator Curt Rothenberger und dann Nazi-Justizstaatssekretär für die Herabsetzung der Altersgrenze zur Anwendung der Todesstrafe im ganzen Reich gesorgt hat. Er hatte Adolf Hitler empfohlen, eine Verordnung zu erlassen, die dazu führte, dass viele dieser rund 50 jungen Menschen wegen Widerstands, wie zum Beispiel Abhörens der Feindsender und Verbreitung der Informationen, zu Tode kamen.«

Alice Czyborra, Teilnehmerin der Hamburg-Reise: »Ein Gedenktag für den Jugendwiderstand wäre ein guter Anstoß für unsere heutigen Jugendlichen und auch die etwas ›Reiferen‹ unter uns, den Menschenfeinden und Antidemokraten früh Zivilcourage und Solidarität entgegenzustellen.« **U.S.**

»Unsere Alternative heißt Solidarität!«

Wir sagen DANKE...

... den Teilnehmenden, den Helfenden, den Redenden, den Musikmachenden und den Organisationen, die die Abschlusskundgebung mit ihren Infoständen bereichert haben.

Foto: Hamburger Bündnis gegen Rechts

Danke an alle, die am Samstag mit dem Hamburger Bündnis gegen Rechts, mit Aufstehen gegen Rassismus und der Konzertgruppe 5001 ein so deutliches Zeichen gegen Faschismus, Rechtspopulismus und Fremdenhass gesetzt haben! Ein breites gesellschaftliches Spektrum unterstützte den Aufruf und beteiligte sich mit Redebeiträgen an den Kundgebungen.

Am Samstag, dem 9. September 2017, zogen über 2.000 Menschen unter dem Motto »Zeit für einen Aufschrei – Unsere Alternative heißt Solidarität« vom Hachmannplatz zum Schanzenviertel, um gegen autoritäre Hetze, Rassismus und den Einzug der AfD in den Bundestag zu protestieren. Mit bunten Plakaten und Transparenten warnten die Demonstrierenden vor einer reaktionären Entwicklung der Gesellschaft. Auf einer Zwischenkundgebung vor der Hamburger AfD-Zentrale skandierten sie u. a. »Nationalismus raus aus den Köpfen« und »es gibt kein Recht auf Nazipropaganda«. Auf der Abschlusskundgebung vor der Roten Flora versammelten sich am Abend 4.000 Menschen, um zur Musik von Künstlern wie der Antilopen Gang, Fatoni und Eljot Quent zu tanzen und ein lautes Zeichen gegen rechts zu setzen. »Die AfD steht für eine Politik, die Menschen nach ihrer Herkunft, nach ihrer Religion, ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Identität bewertet«, sagt Leo Kollwitz von Aufstehen gegen Rassismus Hamburg. »Mit angeblichen und inszenierten Tabubrüchen sorgt die Partei seit Monaten dafür, dass rechte und extrem rechte Ideen wieder gesellschaftsfähig werden. Das müssen wir stoppen!« – »Eine Partei, die Personen ›entsorgen‹ will, Schießbefehle an den Außengrenzen fordert und Angehörige muslimischen Glaubens als potenzielle Terroristen bezeichnet, hat den Raum des demokratischen Meinungsspektrums längst verlassen. Eine solche Partei hat im Bundestag nichts zu suchen«, so Sandra Peters vom Hamburger Bündnis gegen Rechts.

Quelle: www.keine-stimme-den-nazis.org

Hamburger VVN-BdA Termine

1. bis 17. November
Woche des Gedenkens in Bergedorf

1. bis 30. November
Harburger Gedenktage
Programm unter www.gedenken-in-harburg.de

Mi, 8. November, 15.30-17.00 Uhr Mahnwache: »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 79. Jahrestages der Reichspogromnacht. An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet.
Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg
Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), Hamburg

Mi, 8. November, 19.30 Uhr »Gegen das Vergessen«: Gedenken an die Pogromnacht 1938. »Damit es die ganze Welt erfährt. Von Saloniki nach Auschwitz ...« Die Ermordung der griechischen Jüdinnen und Juden und die deutsche Reparationsschuld. Anschließend Konzert mit Esther Bejarano & Microphone Mafia
Veranstalterin: Auschwitz-Komitee in der BRD e. V.
Ort: Hörsaal des FB SozÖk (früher HWP), Campus, Von-Melle-Park 9, Hamburg

Mi, 15. November, 19.30 Uhr Widerständiges Frauenleben: Frauen streiten nach der Befreiung für eine Gesellschaft ohne Hunger, Krieg und Unterdrückung. Eine Lesung über kämpferisches Frauenleben nach 1945 im Rahmen der Woche des Gedenkens in Bergedorf

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de
Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Ausstellung zur italienischen Resistenza

»Banditi e ribelli«

Die Projektgruppe »Mai più fascismo« Hamburg zeigte im Oktober in Hamburg in Kooperation mit der VVN-BdA Hamburg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg die neue Wanderausstellung zur italienische Resistenza.

»Banditi e ribelli«, erarbeitet vom Istoreco – Institut für die Geschichte der Resistenza – aus Reggio Emilia und CultureLabs aus Berlin. Die Ausstellung erzählt die Entwicklung des Krieges der Partisaninnen und Partisanen in Italien zwischen 1943 und 1945 anhand von mehr als 120 Fotos und chronologisch aufgebauten kurzen Texten des Historikers Santo Peli.

Nach zwanzig Jahren faschistischer Diktatur in Italien finden ab Ende 1943 viele Frauen und Männer den Mut und die Kraft zum Widerstand. Zu Beginn wurden die Partisanen »banditi« genannt, ausgeschlossen von der genormten und kontrollierten faschistischen Gesellschaft. »Ribelli« waren sie ganz sicher, Chaos stiftend, anfänglich ohne genau definierte politische und soziale Ziele. Es hat gedauert, bis sie selbst von ihren Feinden als »partigiani« bezeichnet wurden, also als Personen, die wussten, auf welcher Seite sie stehen und die eine überzeugte Position einnehmen.

Zehntausende kämpften bewaffnet für das Ende des Zweiten Weltkrieges, gegen die deutsche Besatzung und gegen den italienischen Faschismus. In der Ausstellung werden das Leben und die Anstrengungen der jungen Frauen und Männer, die gegen den Krieg, gegen den Faschismus und gegen die Gräuel der deutschen Besatzung kämpften, dokumentiert und in allen Facetten dargestellt: Kampf, Illusionen, Lachen, Singen und übertriebene Posen. Um von der Resistenza zu lernen, muss man sich von den Mythen lösen und auch die Schwächen und Fehleinschätzungen der Partisanenbewegung beleuchten, so die Einführung der Ausstellung.

Die Perspektiverweiterung ist den Ausstellungsmacherinnen und -machern gelungen. Zum Eröffnungsabend der Ausstellung waren der italienische Historiker Santo Peli und Steffen Kreuseler von CutureLabs zu Gast und führten in die Ausstellung ein (mehr dazu *antifa* Juli/August 2017). Im Anschluss konnten die knapp 100 Gäste der Veranstaltung handgerollte »cappelletti antifascisti« kosten.

Cappelletti in brodo (gefüllte Pasta in Brühe), ein einfaches Essen der Arbeiterinnen und Arbeiter, wurden in Teilen Norditaliens traditionell zum 1. Mai gegessen. Während des Faschismus wurde diese Tradition verboten. Die Cappelletti wurden trotz Kontrollen heimlich zubereitet und gemeinsam gegessen, das Essen wurde zum widerständigen Akt. Noch heute gibt es rund um den 1. Mai, aber auch zum 25. April, dem Tag der Befreiung in Italien, große Cappelletti-Essen mit manchmal mehreren Hundert Gästen an langen Tafeln.

»Also bin ich mit ihnen gegangen, weil ich wollte, dass dieser Krieg aufhört« (Giovanna Quadreri, Deckname »Libertà«).

Ohne die Frauen wäre die Resistenza so nicht möglich gewesen, sagt Santo Peli auf der Eröffnungsveranstaltung. Nur wenige Frauen waren während der Resistenza im bewaffneten Kampf aktiv, die offizielle Zahl der Partisaninnen bezieht sich jedoch auf die Kämpfenden unter ihnen. Die gesamte Versorgung der Kämpfenden hingegen lag hauptsächlich in der Verantwortung von Frauen. Frauen übernahmen in der Resistenza vielfältige Aufgaben, z. B. in den Verteidigungsgruppen der Frauen (GDD – gruppi di difesa della donna) vom Geldsammeln für die nach Deutschland Deportierten bis zu Sabotageaktionen in den Fabriken.

Einige Aufgaben wurden überwiegend von Frauen ausgeführt, da sie sich auf den besetzten Straßen leichter allein bewegen konnten. Deshalb war die häufigste Aufgabe der Dienst als Stafette, das heißt als Botin von Informationen und Nachrichten sowie als Überbringerin von Waffen. Stafetten waren permanent unterwegs, viel zu Fuß, aber auch mit dem Fahrrad oder anderen Verkehrsmitteln. Die Arbeit war sehr gefährlich, da die Frauen einerseits allein und ohne die Möglichkeit sich zu verteidigen in der Öffentlichkeit unterwegs waren und zum anderen eine Enttarnung die Gefahr der sofortigen Erschießung mit sich brachte. Auch Giovanna Quadreri legte so in ihrer Arbeit als Stafette hunderte Kilometer zwischen der Stadt Reggio Emilia und dem Regianer Apenin zu Fuß zurück.

Alle Aufgaben verlangten Flexibilität, Risikogespür und eigenständiges Handeln, trotzdem bewerten die Frauen selbst ihre Aktionen häufig als »nichts Besonderes«.

Wer Interesse hat, die Ausstellung in seiner bzw. ihrer Stadt zu zeigen, wendet sich am besten an CultureLabs unter info@banditi.org .

Das Begleitprogramm in Hamburg endete mit dem Film »sabotatori« im Rahmen der Reihe »Täter – Opfer – Widerstand« der VVN-BdA Hamburg. Der Film zeigt eine andere Art der Auseinandersetzung mit der italienischen Resistenza und begleitet drei Personen während ihrer Besuche der sentieri partigiani (Partisanenwege), insbesondere im Kontakt mit Fernando Cavazzini (»Toni«): »Die Resistenza war meine Uni. Sie hat mich auf das Leben vorbereitet.«

Mai più fascismo Hamburg

Ort: Lola Kulturzentrum, Lohbrügger Landstraße 8, Hamburg-Bergedorf

Sa, 18. November, 9-16 Uhr
Bus-Exkursion zur Gedenkstätte Lager Sandbostel mit einem geführten Rundgang über das Lagergelände, inkl. Einführung in die Geschichte des STALAG X B, sowie Möglichkeit zur Besichtigung historischer Gebäude und der beiden Dauerausstellungen. Die Teilnehmenden haben Gelegenheit zum individuellen Besuch des Gedenksteins und der Kriegsgräberstätte Sandbostel (ehem. Lagerfriedhof).
Veranstalterin: VVN-BdA Harburg
Beitrag: 10 € pro Person, ermäßigt 5 €. Begrenzte Teilnehmerzahl, Anmeldung erforderlich: Tel. 040 7927016 oder diewackers@web.de
Treffpunkt: 9 Uhr vor dem Helms-Museum (Busbucht). Abfahrt des Busses: 9.30 Uhr

Sa, 18. November, 12 Uhr
Führung unserer Freundin Ulla Suhling durch die KZ Gedenkstätte »KoLaFu«
Ort: Suhrenkamp 9, Hamburg (S/U-Bahnhof Ohlsdorf, S1/U1).

Fr, 1. Dezember, 17 Uhr
Gedenkfeier für Billstedter Widerstandskämpfer: »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart«.
Ort: Gedenkstein vor dem Kundenzentrum Billstedt (ehemaliges Ortsamt), Öjendorfer Weg 9, Hamburg

So, 3. Dezember, 17 Uhr
Film »Die Edelweißpiraten« von Niko von Glasow, D/NL/CH/L, 2001-2004
Ort: Kommunales Kino METROPOLIS, Eingang Kleine Theaterstr. 10

Nach 1945: Aufbruch, Erwartungen und Rückschläge

Linke zur Zeit des Kalten Krieges

Hermann Krüger und P. C. Walther berichteten in der Veranstaltungsreihe »antifa Erzählcafé« über die Jahre des Aufbruchs und der Rückschläge während der 50er und 60er Jahre in der jungen Bundesrepublik zur Zeit des Kalten Krieges.

Für beide standen die Hoffnungen auf ein antifaschistisches, friedliches und demokratisches Deutschland, und andererseits dagegen die unter Adenauer durchgepeitschte Remilitarisierung, die betriebene Restaurierung alter Verhältnisse und die Spaltung Deutschlands im Mittelpunkt ihrer Berichte.



Hermann Krüger (r.) und P. C. Walther
Foto: Rosemarie Steffens

Hermann Krüger, ehemals Mitglied der FDJ und später der KPD, erzählte außerdem über die Zeit seiner Illegalität nach dem Verbot von FDJ und KPD, über das schwere Leben seiner Frau mit den Kindern. Ganz besonders betont hat er dabei die Solidarität, die ihm und seiner Familie in dieser Zeit geholfen hat.

P. C. Walther schilderte seinen politischen Werdegang. Als junger Sozialdemokrat war er vom FDJler Hermann Krüger eingeladen worden, am Deutschlandtreffen der FDJ 1950 in Berlin teilzunehmen. Da er im Anschluss 14 Tage an einer Reise in die junge DDR teilnahm, verlor er wegen unentschuldigten Fernbleibens Arbeits- und Wohnheimplatz. Seine weitere politische Entwicklung führte ihn in linkssozialistische Gruppierungen und zeitweise auch in die KPD. Zur SPD blieb er dennoch – auch beruflich als Journalist – immer in Kontakt und kehrte in den 70er Jahren auch zu ihr zurück. Heute versteht er sich als parteiloser linker Sozialdemokrat. Bereits seit über vier Jahrzehnten ist er aktives Mitglied der VVN-BdA in verschiedenen Funktionen auf Orts-, Landes- und Bundesebene.

Hermann Krüger betonte zum Schluss, dass der Kampf gegen die atomare Bewaffnung und den Einsatz von Atomwaffen heute, besonders in der zugespitzten Auseinandersetzung zwischen Nordkorea und den USA, mit aller Kraft fortgesetzt werden müsse.

Umrahmt wurden die Erzählungen von Liedern aus der Zeit der FDJ und des Ostermarsches auf der Mundharmonika von Hermann Krüger.

A. Kahn



Mit einem 16-seitigen farbigen und bebilderten Booklet im handlichen Westentaschen-Format wirbt die hessische VVN-BdA künftig für den Beitritt zur VVN-BdA. Zugleich stellt sich die VVN-BdA in dem Booklet mit ihren Vorhaben, Aktivitäten und Zielen dar. Eine Einladung zum Mitmachen. Unser Abbild zeigt die Seite 1 des Booklets.

Künftig auch in Hessen:

Noch mehr Geheimdienst

Es sind nicht nur die eklatanten »Versäumnisse« beim jahrelangen »Nichterkennen« des NSU, mehr noch die Verquickungen mit NSU und Neonazis, und nicht zuletzt die Frontrichtung gegen alles Linke und gegen Antifaschisten bei weitgehender Blindheit bzw. Toleranz gegenüber rechts, was die Forderung nach Auflösung des Geheimdienstes VS immer lauter werden ließ. An seine Stelle sollten sinnvolle demokratisch strukturierte politisch-wissenschaftlich arbeitende Einrichtungen treten.

Von nahezu allen in Bund und Ländern regierenden Kräften wurde jedoch eine ganz andere, gegenteilige Schlussfolgerung aus den Missetaten des Verfassungsschutzes gezogen. Er soll verstärkt werden, mehr Mittel und noch weiter gehende Rechte und Befugnisse erhalten. Entsprechende Beschlüsse hat nunmehr auch die hessische schwarz-grüne Landesregierung gefasst.

Noch mehr Geheimdienst also. Dabei wird auch von mehr »demokratischer Kontrolle« und von »Offenheit« gesprochen, wohl eher zur Beruhigung. Tatsache ist nämlich, dass sich Geheimdienste jeder wirklichen Kontrolle und demokratischer Struktur entziehen. Das beweisen alle Erfahrungen. Geheimdienstpraxis und Demokratie schließen einander aus.

P. C. Walther

Verfolgung und Widerstand in Frankreich

Erfolgreiche Veranstaltung

Nachdem Frankreich Ehrengast der diesjährigen Buchmesse war, lag es nahe, sich auch unsererseits mit einem besonderen Aspekt Frankreichs zu befassen: mit »Nazi-Verbrechen, Widerstand und Erinnerung«. Im Rahmen der GegenBuchMesse luden dazu in Kooperation mit dem PapyRossa-Verlag die FIR, VVN-BdA, Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Gingold-Initiative und Förderkreis KZ Katzbach in den Club Voltaire ein. Dieser war trotz vieler Buchmesse-Veranstaltungen am selben Abend voll besucht. Gelesen wurde aus drei Büchern. Florence Hervé und Hermann Unterhinninghofen erinnerten an das Massaker von Oradour-sur-Glane. Florence Hervé stellte zudem den Bild- und Textband zum ehemaligen KZ Natzweiler-Struthof und der heutigen dortigen Gedenkstätte vor. Beide vermittelten Interessantes und Aufschlussreiches. Besonders spannend und lehrreich waren die Texte aus Peter Gingolds Erinnerungen, gelesen von Silvia Gingold und Ulrich Schneider. Ein Abend, der sich lohnte. Ein Besucher meldete seinen Beitritt zur VVN-BdA an. Und es gab Vorschläge für künftige Aktivitäten.

-ther

Neonazis auf der Buchmesse

Besonderes Aufsehen erregte im Zusammenhang mit der diesjährigen Frankfurter Buchmesse das Auftreten rechtsextremer Verlage mit entsprechenden Autoren und neonazistischem Anhang. Die Leitung der Buchmesse hatte den Ausschluss der Verlage und das Unterbinden der Auftritte von Rechtsextremisten und Neonazis abgelehnt. Zur Meinungsfreiheit und Vielfalt gehörten auch solche Auftritte, hieß es. Das wurde weidlich genutzt. Die Buchmesse wurde so zur Bühne für Neonazis.

Demokratische und antinazistische Kräfte könnten ja ihre Ablehnung und ihren Protest zum Ausdruck bringen, hieß es auf Seiten der Buchmesse-Leitung. Das führte dann allerdings auch zu Krawallen und handgreiflichen Auseinandersetzungen bis hin zu Gewalttaten. Von rechts traten entsprechende Trupps und »Bodygards« auf. Die Rechtsradikalen nutzten das dabei entstandene Aufsehen; sie hatten es offenbar eingeplant.

pcw.

Diesmal geht es um die Hessische Verfassung

Das nächste »antifa Erzählcafé«

Die VVN-BdA Frankfurt lädt zum nächsten »antifa Erzählcafé« für Donnerstag, den 14. Dezember, um 18 Uhr in den Club Voltaire (Kleine Hochstraße 5) ein. Diesmal steht die Hessische Verfassung im Mittelpunkt der Gespräche.

Gerhard Fisch wird uns über die Entstehung der Hessischen Verfassung berichten, an der sein Vater, Walter Fisch, als Mitglied der verfassungsberatenden Versammlung für die KPD beteiligt war.

Jetzt soll die Hessische Verfassung reformiert werden. Deshalb fragen wir Jürgen Gasper, Mitglied der Verfassungskommission der SPD, der für seine Fraktion für Vorschläge im Reformprozess zuständig ist, aus welchem Grund eine Reform notwendig erscheint. Ist es tatsächlich nur der überholte Artikel, der die Todesstrafe vorsieht, durch Bundesrecht jedoch längst ungültig ist? Was ist aus den alten Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Bodenreform und der Gebührenfreiheit an Universitäten geworden? Was ist mit den »sozialen und wirtschaftlichen Rechten und Pflichten« (Artikel 27 bis 47), darunter das Gebot gleichen Lohns, das Aussperrungsverbot und das Verbot wirtschaftlichen Machtmissbrauchs?

Sind diese Verfassungsgrundsätze und Bestimmungen jemals zur Anwendung gekommen? Sollen sie im Zuge des Neoliberalismus gar ganz gestrichen werden? Es wird sicher ein interessanter Abend werden.

AK/Wa.

Kriege stoppen – Fluchtursachen bekämpfen

Antikriegstag im Freien

Zum ersten Mal fand in diesem Jahr in Frankfurt die gewerkschaftliche Kundgebung zum Antikriegstag unter freiem Himmel, nicht im Saal, statt, und zwar am Mahnmal für alle Opfer der Kriege; ein Mahnmal, das schon vor dem Zweiten Weltkrieg entworfen worden war und auch an die Opfer des Ersten Weltkrieges erinnern soll.

Der Aufruf war vom DGB initiiert und wurde u. a. von der VVN-BdA mitgetragen.

Es wurde der Zusammenhang von Krieg, Rüstungsexporten, Fluchtursachen und -folgen dargelegt: »Millionen von Menschen sind auf der Flucht und brauchen unsere Hilfe. Sie fliehen nicht nur vor Diktatoren und Naturkatastrophen. Sie fliehen auch vor Krieg, menschengemachtem Hunger, Armut und Umweltzerstörung. …Krieg verschärft die weltweiten wirtschaftlichen, politischen und humanitären Probleme… Frieden schaffen ohne Waffen wird immer dringlicher.«

Es wurden Forderungen nach Solidarität mit Migrantinnen und Migranten und nach einer humanen, menschenrechtskonformen Flüchtlingspolitik, nach Abzug der Bundeswehr von Auslandseinsätzen, drastischer Reduzierung des Rüstungsetats, dem Stopp der Rüstungsexporte und der Vernichtung aller Atomwaffen aufgestellt. Die Politik solle sich an einer humanen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sowie der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus ausrichten.

Zur gleichen Zeit hatten sich Frankfurter Musik-Clubs zu einer Musik- und Tanzveranstaltung in der Innenstadt zusammengetan, um einen »Weltfriedenstag« zu gestalten, der unter dem Zeichen »Love« stand und unter jungen Leuten viel Zuspruch fand. Vielleicht gelingt es im nächsten Jahr, ein Bündnis mit dem DGB und seinen Unterstützern zustande zu bringen.

Anne Kahn

Redaktion: P. C. Walther, Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt am Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Hans Schwert: »Bibliothek der Generationen«

Öffentliche Erinnerung

Die »Bibliothek der Generationen« im neu gestalteten Frankfurter Historischen Museum ist ein Kunstprojekt der Hamburger Künstlerin Sigrid Sigurdsson, das ursprünglich für eine Ausstellung entwickelt wurde mit dem Titel »Das Gedächtnis der Kunst. Geschichte und Erinnerung in der Kunst der Gegenwart«.

Daraus ist ein großartiges Archiv der gesammelten Erinnerungen geworden, in dem ganz unterschiedliche Personen, Gruppen, Vereine mit einer Beziehung zu Frankfurt eigene Erinnerungen in einem selbst gestalteten Beitrag präsentieren.

Auch der Frankfurter antifaschistische Widerstandskämpfer Hans Schwert, der lange Zeit Vorsitzender der Frankfurter VVN war, hatte zu seinen Lebzeiten einen Vertrag mit dem Museum unterschrieben. Bevor er seinen Beitrag vollenden konnte, starb er im Mai 2013. Seine Tochter Doris Fisch hat ihn in einem Buch fertig gestellt und am 17. Oktober vor einem interessierten Publikum im Historischen Museum präsentiert.

In dem Buch sind viele Originaldokumente aus der Zeit seiner neunjährigen Haft in vierzehn verschiedenen Zuchthäusern und Gefängnissen enthalten sowie seine unermüdliche Tätigkeit als Mahner auf antifaschistischen Stadtrundgängen und vor Schulklassen.

Das offene Archiv wird auch in Zukunft von Schulklassen, Studentinnen und Studenten, aber genauso von einfach interessierten Menschen genutzt werden können – und gibt damit antifaschistischen Erfahrungen einen guten, geschützten Raum. Und das Leben von Hans Schwert bleibt damit gegenwärtig.

D. Fisch

Friedensbewegung trifft sich in Kassel

Friedensratschlag

In Kassel treffen sich am 2. und 3. Dezember in der Universität (Wilhelmshöher Allee 73), wie jedes Jahr am ersten Dezember-Wochenende, fast alle Kräfte der Friedensbewegung zum traditionellen bundesweiten und internationalen Friedensratschlag.

Auf dem Programm stehen mehrere informative Referate, zahlreiche Diskussionsforen und Workshops zu fast allen friedenspolitischen Themen.

In der Einladung heißt es: »Die Welt steht am Abgrund. Kriege, Kriegsdrohungen, neuerdings sogar mit Atomwaffen, Militärmanöver und umfassende Aufrüstung bestimmen die Auseinandersetzung um politische Einflussbereiche und Ressourcen. Kriege in weiten Teilen der Welt, Millionen Tote und Verletzte, Geflüchtete, zerstörte Länder und Militarisierung der Gesellschaft – dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden!

Dem Ruf von NATO, EU und Bundesregierung nach Aufrüstung setzen wie ›Abrüsten statt aufrüsten‹ entgegen. Friedensbewegung, Friedensforschung und Politik sind gefordert, eine friedensfähige Politik zu entwickeln und durchzusetzen. Darum treffen wir uns zu unserem 24. Friedensratschlag in Kassel.«

Weitere Informationen unter www.friedensratschlag.de (Anmeldung per E-Mail unter: anmeldung@friedensratschlag.de).

»Aufruf zu Vielfalt und Toleranz« bei Salzgitter AG unterschrieben

Ausstellung gegen die AfD im Peiner Forum

In seiner Begrüßung bedankte sich der Kreisvorsitzende der VVN-BdA Peine Peter Baumeister dafür, dass die Ausstellung »Der Arm der Bewegung – die ›Alternative für Deutschland‹« im Veranstaltungsgebäude »Peiner Forum« gezeigt werden durfte.

Um auf die Gefahren durch die AfD hinzuweisen, zitierte er die stellvertretende AfD-Fraktionschefin im Thüringer Landtag, Steffi Brönner, die von ihrem Posten zurückgetreten war. Sie sagte: »In der AfD sind zentrale Funktionen mit Personen besetzt, die in ihrer Vergangenheit tief im rechtsextremistischen Bereich tätig gewesen sind. Die Partei macht rechtsextremes Gedankengut salonfähig.«

Udo Meyer, Betriebsratsvorsitzender der Peiner Träger GmbH, wies auf die sehr vielfältig zusammengesetzte Belegschaft hin, die aus unterschiedlichen Kulturen stammt. Aber auch in seinem Betrieb werden Auffassungen vertreten, die dem gemeinsamen Werteverständnis widersprechen.

So haben der Vorstand und der Konzernbetriebsrat der Salzgitter AG, zu dem die Peiner Träger GmbH gehört, einen »Aufruf zu Vielfalt und Toleranz« unterschrieben.

Dort heißt es: »Jeder, der sich fremdenfeindlich, respektlos, gewalt- oder terrorismusverherrlichend oder anderweitig diskriminierend verhält und dadurch den Betriebsfrieden oder den betrieblichen Ablauf beeinträchtigt, muss mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Kündigung seines Arbeitsverhältnisses rechnen.«



Eröffnung der Ausstellung gegen die AfD in Peine. Von links: Udo Meyer, Betriebsratsvorsitzender der Peiner Träger GmbH, Wolfgang Räschke, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter-Peine, Peter Baumeister, VVN-BdA Peine

Die Ansprache vor den ca. 50 Anwesenden hielt der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Salzgitter-Peine, Wolfgang Räschke. Er sagte u.a.: »Sie wollen beides zugleich sein: Teil des parlamentarischen Systems mit allen seinen Möglichkeiten, gleichzeitig die Partei eben gegen dieses System.« Weiter führte Räschke aus: »Dabei geht es nicht darum, die AfD pauschal zu dämonisieren und immer wieder die Nazikeule rauszuholen. Nein, wir müssen anhand von einzelnen Positionen aus dem Parteiprogramm der AfD deutlich machen, was die Umsetzung für uns als Arbeitnehmer bedeuten würde und warum dies im völligen Gegensatz zu unseren gewerkschaftlichen Positionen steht.« Wichtig war Wolfgang Räschke folgende Charakterisierung des AfD-Vorgehens: »Erst einmal öffentlich provozieren, dann ist man das erste Mal in den Medien, wenn die Reaktion kommt, das zweite Mal, und dann nimmt man alles wieder zurück, dann ist man das dritte Mal mit der gleichen Meldung in den Medien, und wenn man dann nochmal nachlegt, dann ist man das vierte Mal dabei.« Als Beispiel führte er »Boateng als Nachbar« an.«

Am letzten Tag der Ausstellung gab es noch eine Provokation, denn sämtliche Tafeln waren mit Pegida-Aufklebern versehen. Das zeigt den engen Zusammenhang zwischen AfD und Pegida und die Notwendigkeit, immer wieder über diese rechtspopulistische Partei aufzuklären.

Peter Baumeister

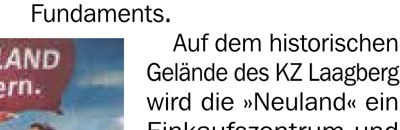
Artikel und Fotos (in hoher Auflösung, als JPG-Datei getrennt vom Text) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Redaktion: Michael Rose-Gille
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Informationen aus Wolfsburg:

»Neuland« erobert KZ-Gelände

Die »Neuland« ist die 1938 in der »Stadt des KdF-Wagens«, heute Wolfsburg, gegründete Wohnungsbaugesellschaft. Sie ist eine Tochtergesellschaft der Stadt Wolfsburg. Die hier gezeigte Fotomontage verbindet beziehungsreich den zur Zeit verbreiteten geschichtsvergessenen Werbeslogan der Wohnungsbaugesellschaft »Neuland erobern« mit einem aktuellen Foto des KZ-Laagberg-Fundaments.





Auf dem historischen Gelände des KZ Laagberg wird die »Neuland« ein Einkaufszentrum und Wohneinheiten bauen. Entsprechend einem Ratsbeschluss sollen die gefundenen KZ-Fundamente an einen anderen Ort verbracht und zukünftig museal aufbereitet gezeigt werden.

Weitere Infos unter: www.wolfsburg.vvn-bda.de

Gegen Militär am Antikriegstag

Vom 1. bis 3. September wurde in Wolfsburg der »Tag der Niedersachsen« veranstaltet.
Auch die Bundeswehr war mit Militärgerät und Werbetrucks vertreten – eröffnet ausgerechnet am 1. September, dem weltweit begangenen Antikriegstag/Weltfriedenstag. Dagegen protestierten Mitglieder der Wolfsburger VVN-BdA und weitere Friedensfreundinnen und -freunde. Junge Menschen und Kinder am Antikriegstag in ein Kampfflieger-Cockpit zu locken und mit »Karrierechancen« beim Militär ködern zu wollen, bezeichneten sie als geschichtsvergessen und skandalös.

»Wir sind Juden aus Breslau«

Der Film von Karin Kaper und Dirk Szuszies »Wir sind Juden aus Breslau« ist mit Unterstützung der VVN-BdA Wolfsburg mehrmals mit Erfolg im Wolfsburger Delphin-Kino gelaufen.

Er zeigt am Schicksal junger Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Breslau, der damals drittgrößten in Deutschland, wohin Rassismus und Faschismus geführt haben. Es werden eindrucksvolle Interviews mit 14 Zeitzeugen und -zeuginnen an unterschiedlichen Orten weltweit geführt. Durch die Begegnung mit Jugendlichen von heute, im Wechsel zwischen historischen und aktuellen Aufnahmen und Einzelinterviews, kommt es zu erstaunlichen Szenen.

Angesichts der stärker werdenden nationalistischen und antisemitischen Strömungen in vielen Ländern Europas ist der Film von aktueller Brisanz.

So hat mit der Veränderung des politischen Klimas in Polen der Antisemitismus dort neuen Auftrieb bekommen; indem die Filmemacher auch davon in ihrem Film dokumentarisch berichten, gewinnt er aktuelle politische Brisanz.

Der Film wurde auch von der IG Metall Wolfsburg, dem Wolfsburger Verein Erinnerung und Zukunft und der Liberalen Jüdischen Gemeinde Wolfsburg/Region Braunschweig unterstützt.

Ausstellungseröffnung »Vergessene Geschichte: Berufsverbote« in Hannover

Niedersachsen »Vorreiter der Aufarbeitung«

Die »Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote« präsentierte am 17. Oktober in der Volkshochschule Hannover ihre Ausstellung zu diesem finsteren Kapitel politischer Verfolgung in Deutschland. Auf 18 eindrucksvoll gestalteten Tafeln wird es im Detail dargestellt.

Fotos: rwk

Das Trio Csóscolom musiziert zur Ausstellungseröffnung in Hannover am 17. Oktober 2017

GEW-Landesvorsitzende Laura Pooth überbrachte ein Grußwort

Das Foyer der Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule war zur Eröffnung der Ausstellung »Vergessene Geschichte: Berufsverbote« voll besetzt

Der Bogen spannt sich dabei vom Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts über die Praxis der Weimarer Republik, die Naziherrschaft, über die Restauration in der Bonner Republik nach Einführung des Art. 131 GG. Der »Radikalenerlass« von 1972 dann mit den millionenfachen geheimdienstlichen »politische Überprüfungen«, der Meldung von über 25.000 »Verdächtigen« an die Einstellungsbehörden, die zu mindestens 2.500 Ablehnungen von Bewerbungen und die Entlassung von 256 Beamtinnen und Beamten führten. Dokumentiert werden eindringliche Einzelschicksale, eine lange – wohl unvollständige – Namensliste und die jahrelange Widerstandsbewegung. Den Abschluss bilden die Darstellung der heutigen Geheimdienstpraxis und die politischen Forderungen der Betroffenen nach Rehabilitierung und Entschädigung.

Gefördert und unterstützt wurde die Ausstellung durch das Bildungswerk ver.di, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e. V., den DGB Bezirk, den GEW Landesverband Niedersachsen und das Bildungswerk der GEW im DGB e. V.

Die Auftaktveranstaltung war sehr gut besucht. Viele Anwesende waren selbst Betroffene. Sie wurden von Michael Guttmann, dem Leiter der Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule, begrüßt, der dabei von dem während seiner Lehrerausbildung selbst erfahrenen Klima der politischen Einschüchterung berichtete. Bürgermeister Thomas Hermann erinnerte in seinem Grußwort an das Schicksal des Namensgeberpaares Ada und Theodor Lessing, selbst Opfer grausamer politischer Verfolgung. Er betonte, dass es in der deutschen Geschichte immer wieder Kräfte gab und gibt, die linke Kritiker und Oppositionelle einzuschüchtern versuchen. Wichtig sei es deshalb, die Freiheit zu verteidigen! Er verwies darauf, dass der hannoversche Rat bereits 1984 gegen Berufsverbote und Verfassungsbruch Stellung bezogen hatte. Er sprach vor den Portraits von Theodor Lessing und Professor Peter Brückner, ebenfalls Opfer der Berufsverbote. Sie durften 1985 nicht in der Universität Hannover gezeigt werden.

In einem weiteren Grußwort versicherte Laura Pooth, Landesvorsitzende der GEW, die Betroffenen der Solidarität ihrer Gewerkschaft und der weiteren Unterstützung für die Initiative und ihre Forderungen gegenüber Landesregierung und Öffentlichkeit. Die Beauftragte des Landes Niedersachsen, Jutta Rübke, federführend bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Aufarbeitung der Geschichte der Berufsverbote, wies auf die Vorreiterrolle Niedersachsens in dieser Frage hin. Noch in diesem Jahr werde ein umfassender Bericht zu dem Problem vorliegen. Im Namen der Betroffenen dankte die hannoversche Lehrerin Cornelia Booß-Ziegling für die vielfältige Unterstützung bei der Erstellung der Ausstellung. Sie verwies aber auch auf die Dringlichkeit materieller Entschädigungen angesichts der Vielzahl von »Härtefällen«. Für die Veranstalter lud sie zu den Veranstaltungen ein, die im Rahmen der Ausstellung bis zum 10. November noch durchgeführt werden sollen. Schon am 2. November wird dabei Silvia Gingold zusammen mit Dr. Ulrich Schneider mit einer Lesung aus den Erinnerungen von Peter Gingold zu hören sein.

Die musikalische Begleitung gab das Streichertrio Csócolom mit seinen mitreißenden transsilvanischen Klängen.

Reinhold Weismann-Kieser



Vergessene Geschichte: Berufsverbote

Weitere Ausstellungsorte:

13.11. bis 24.11.2017 Leipzig, Neues Augusteum, Universität Leipzig;
16.11. bis 30.11.2017 Gießen, Foyer des Gewerkschaftshauses;
25.1. bis 15.3.2018 Bielefeld, Volkshochschule;
6.4. bis 31.5.2018 Neustadt, Volkshochschule Hannover-Land

Begleitmaterial:

- Ausstellungsbroschüre, auch separat im Buchhandel für 3 EUR erhältlich, ISBN: 978-3-930726-25-7
- Plakat mit der Titeltafel, DIN A 5

Rückfragen, Termine, Ausleihbedingungen und sonstige Absprachen und Kontakt: Cornelia Booß-Ziegling, Harnischstr.3, 30163 Hannover, Tel.: (0511) – 62 52 12 bzw. 0171 – 50 96 106, booss-ziegling@t-online.de

Henny Dreifuss war die letzte überlebende deutsche Résistance-Kämpferin

Wir trauern um eine mutige Antifaschistin

Henriette (Henny) Dreifuss (6. April 1924 bis 12. September 2017) hat uns im Alter von 93 Jahren für immer verlassen. Ein vom antifaschistischen Kampf erfülltes, bewegtes Leben ging zu Ende. Sie gehörte zu den rund 2.500 deutschen Résistance-Angehörigen, die nach 1945 zurückkehrten. Mit ihr starb die letzte dieser deutsch-französischen Widerstandskämpfer/-kämpferinnen.

Foto: Jochen Vogler

Auf der Flucht vor den Nazis emigrierte ihre jüdisch-sozialdemokratische Familie 1933 nach Frankreich. Henny arbeitete als Jugendliche in einem Kinderheim in Limoges und musste hautnah die Verbrechen der Nazis an der Zivilbevölkerung erleben. Die jüdischen Kinder und jene aus linken Familien wurden deportiert, sie hat sie nie wiedergesehen. Durch Kontakt zu einer Gruppe Kommunisten und Kommunistinnen fand sie ihren Weg in die Résistance. 19 Jahre alt, fuhr sie im Januar 1943 von Limoges als Henriette Dreifuss ab und kam in Lyon mit gefälschten Papieren als die Französin Marguerite Barbe an. Dort schloss sie sich der Bewegung »Freies Deutschland« an. Sie wurde auf einem Fliegerhorst der Wehrmacht eine gut deutsch sprechende Putzfrau aus dem Elsass und sammelte Informationen und auch Waffen dort ein. Die illegale Arbeit gegen die faschistischen Besatzer leistete sie bis zur Befreiung 1944.

»Meinem Vater war es nicht so angenehm, dass ich in den Widerstand gehe, mit den Kommunisten. Und da habe ich gesagt, ich gehe zu denen, die was machen. Und da habe ich meine Eltern auch das letzte Mal gesehen.« Hennys Eltern und ihr Bruder wurden deportiert und in Auschwitz ermordet.

Später sagte Henny: »Ich bin immer bei denen geblieben, die sich gewehrt haben. Und die sich noch wehren, wenn's drauf ankommt.« Aber die Angst war auch immer dabei.

Dann 1945 Rückkehr nach Mannheim. Ihre bittere Nachkriegserfahrung war: »Kriegsverbrecher wurden kaum bestraft. Die Großindustrie machte schnell wieder ihre Geschäfte und Profite. In den Behörden tummelten sich bald wieder die alten Nazis.«

In Düsseldorf nahm sie dann journalistische Arbeit auf. Die Nachkriegskarrieren hochkarätiger Altnazis wie Kiesinger, Globke, Filbinger, die Remilitarisierung Deutschlands gehörten zu ihren Themen. Henny gehörte zu jenen, die in Düsseldorf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, den späteren Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten VVN-BdA aufbauten.

Als Referentin vor Schulklassen, im Förderkreis der Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte war sie als Mitarbeiterin hoch geschätzt. »Es war eine bittere Erfahrung, mit ansehen zu müssen, wie schon bald mit Duldung der Herrschenden neue neonazistische und rassistische Organisationen und Parteien entstanden und sogar in die Parlamente einziehen konnten. Zum Glück stellen nachwachsende Generationen viele Fragen, um deren Antwort ich mich heute als Zeitzeugin immer wieder bemühe.

Immer mehr, vor allem junge Menschen stellen sich alten und neuen Nazis in den Weg, wo immer es nötig ist. Das stimmt mich optimistisch«.

Jürgen Schuh, Ulli Sander

Zwangsarbeitergedenken in Wuppertal

Wiktor wurde nur 13 Monate alt

Die Verbrechen der Faschisten an der Macht haben vielfältige Ausprägungen. Die Verschleppung junger Menschen aus den Gebieten der Sowjetunion, aus Polen und aus zahlreichen anderen europäischen Ländern zur Zwangsarbeit nach Deutschland ist ein lange Zeit vernachlässigter Aspekt: Den meisten dieser Menschen blieb eine Entschädigung für ihre Qualen und Leiden versagt; erst seit Beginn der 2000er Jahre wurden politische Bedingungen geschaffen, noch lebende ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter entschädigen zu können.

Durch weitgehend ehrenamtliches Engagement konnten die Nachweise für die beantragten Ansprüche beschafft werden. Es ergab sich die Möglichkeit regionaler Forschungsarbeit. Besuchsprogramme in vielen Kommunen brachten sehr persönliche Zugänge.

Ein prägnantes Beispiel ist das von Tatjana Bilyk. Für die Firma Kolb und Co. in Wuppertal musste sie Zwangsarbeit leisten. Im Januar 1944 gebar sie hier in der Landesfrauenklinik einen Sohn. Deswegen verweigerte sie die Nachtschicht, um ihren Sohn so gut wie möglich versorgen zu können. Bei der deswegen erfolgten Auseinandersetzung mit dem Arbeitsführer kam es zu Handgreiflichkeiten mit der Folge, dass sie zur Strafe vorübergehend in das Arbeitserziehungslager der Firma Reinshagen in Wuppertal-Ronsdorf gebracht wurde. Nach ihrer Rückkehr fand sie ihren Sohn zum Skelett abgemagert und von Würmern zerfressen vor; er starb am 8. März 1945.

Als Tatjana Bilyk 2004 hier zu Besuch war, konnten wir die Beerdigungsstelle ihres Sohnes nicht finden. Inzwischen erfuhren wir von den Eintragungen im Friedhofsbuch, dass auf dem Friedhof in Wuppertal-Wichlingshausen die Grabstelle von 27 gestorbenen Kleinkindern und Säuglingen ist.

Gemeinsam mit dem Friedhofsamt, dem Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge und der Stadtverwaltung gelang es jetzt dem Verein Spurensuche NS-Geschichte in Wuppertal e. V., aus der Grabstelle einen würdigen Gedenkplatz für die gestorbenen Kinder der Zwangsarbeiterinnen zu schaffen. Zur Einweihung des Gedenkplatzes konnten wir die Tochter von Tatjana Bilyk und Schwester von Wiktor Titow Ljusja Shatylo einladen.

Bleibt uns nur Gedenken als Mahnung und Auftrag, nie mehr solche Zustände zu dulden? Wir erleben derzeit in der Welt unfassbare Zustände, in denen die Menschenwürde mit Füßen getreten wird, auch unter der Verantwortung unserer Regierung. Erinnerung heißt handeln (Esther Bejarano).

Jochen Vogler


Foto: jochen vogler r-mediabase

Ljusja Shatylo, Tochter von Tatjana Bilyk und Schwester des am 8. März 1945 verstorbenen Säuglings Wiktor Titow, bei ihrem Besuch im Juli 2017 in Wuppertal.

Beseitigung des NATO-Kriegsführungszentrums am Niederrhein lebensnotwendig

»Tag der Einheit« kein Tag des Friedens

»Wir wollen keine Kriegsführungszentralen von NATO und Bundeswehr am Niederrhein.« Mit dieser zentralen Botschaft demonstrierten am 3. Oktober friedensbewegte Menschen von Rhein und Ruhr in Kalkar.

Die Friedensdemonstration in Kalkar am »Tag der deutschen Einheit« war nicht zuletzt auch nach der Bundestagswahl eine notwendige und richtige Antwort. Der Landessprecher der VVN-BdA NRW, Falk Mikosch: »Vor fünf Jahren haben wir in Kalkar eine Art von alternativem nationalen Feiertag begründet. Am Niederrhein entstand damals das NATO- und Bundeswehr-Kommandozentrum für die weltweite Luftkriegs- und Weltraumkriegsführung. Für das hiesige Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) Kalkar zählt die Kriegsführung als Auftrag. Mit dem 3. Oktober 1990 fing jedoch alles an. Vorher galt in beiden deutschen Staaten: Nie wieder Krieg von deutschem Boden. Und nie wieder Faschismus. Heute führt Deutschland wieder weltweit Kriege – eine böse Errungenschaft der Wiedervereinigung. Heute bekommt eine profaschistische Partei auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bis zu 29 Prozent der Stimmen, und sie gelangt mit 13 Prozent der Stimmen in den Bundestag.«

In Kalkar ist für den Krieg alles vorbereitet. Das bedeute: »NRW wird zur Zielscheibe von Raketen, Bomben und Kampfdrohnen!« Dass mit US-Präsident Donald Trump ein »vulgäres, frauenfeindliches Großmaul über die NATO und damit auch über Kalkar und die in Deutschland stationierten Atomwaffen bestimmt, muss uns sehr beunruhigen«.

Gedenken an Kriegsflüchtlinge

Ein bunter Demonstrationszug bewegte sich von der »von-Seydlitz«-Kaserne zum Marktplatz von Kalkar. Vor der Kaserne war ein Kranz für die umgekommenen Kriegsflüchtlinge niedergelegt worden. Bei der Abschlusskundgebung auf dem Marktplatz verwies die Geschäftsführerin des DGB Niederrhein, Angelika Wagner, auf die sozialen Probleme unseres Landes und dass dort das Geld, das die Bundesregierung für eine Erhöhung des Militärhaushaltes vorgesehen habe, deutlich besser aufgehoben wäre. Tobias Pflüger, langjähriger Friedensaktivist und frischgebackener Bundestagsabgeordneter der Linken, machte deutlich, dass in Kalkar/Uedem alle Einrichtungen zur Koordinierung von Luftkriegseinsätzen der NATO und der Bundeswehr vorhanden wären. Zum Abschluss der Kundgebung ließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer 500 Friedensluftballons aufsteigen, um eine Friedensbotschaft vom Niederrhein über das Land fliegen zu lassen.

Fotos: jochen vogler/ r-mediabase

Kalkar-Demo in Essen fortgesetzt

Die Fortsetzung der Demo von Kalkar erfolgte am 7. Oktober in Essen. Hunderte Menschen demonstrierten dort, um gegen die Tagung des »Joint Air Power Competence Centre« (JAPCC) in der Messe Essen zu demonstrieren. Das JAPCC ist eine Einrichtung der NATO-Luftstreitkräfte in Kalkar. Bei der Tagung treffen sich jedes Jahr hochrangige Militärs, in diesem Jahr zum Thema »Abschreckung«. Auf der Kundgebung sprach auch Diana Kummer von der DKP Essen. Sie interviewte Paul Schnittker, der am 11. Mai 1952 an der Friedenskarawane in Essen teilnahm, auf der der Münchner Philipp Müller (KPD) von der Polizei erschossen wurde und so der erste Demo-Tote der Bundesrepublik ist. Auch Bernhard Trautvetter (Essener Friedensforum) würdigte den FDJler Philipp Müller und zeigte auf, was das damalige Geschehen uns heute lehren kann.

NATO »zu spät« an russischer Grenze

Er sagte ferner: »Wir finden im Manuskript der JAPCC-Tagung 2017 dieses Foto: US-Truppen in Litauen an der russischen Westgrenze. Dazu steht im Text: ›Wären die doch 70 Jahre eher da gewesen!‹« (aus: www.japcc.org). »Die Nato bekennt sich zur Fortsetzung des faschistischen Ostfeldzuges. Solche Sprüche ist man eher von den Neonazis gewohnt.« Trautvetter: »Unser ›Nein‹ zum Krieg ist ein ›Ja‹ zum Leben! ... Passend erklärte gestern das Nobel-Komitee, heute sei die Zeit der größten Gefahr eines Nuklearkrieges.« Und es wurde einer internationalen Friedensorganisation der Friedensnobelpreis zuerkannt.

B. Tr./U. S.

Buchpräsentation: Verbrechen der Wirtschaft

Die Buchpräsentation zu Günter Gleisings »Verbrechen der Wirtschaft« in den Räumen von »Taranta Babu« in Dortmund geriet zu einem gelungenen Neustart der Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945« (siehe Kasten rechts).

Der Anteil der Wirtschaft an der Errichtung der Nazidiktatur, der Aufrüstungs- und Kriegspolitik im Ruhrgebiet 1925-1945 ist immer noch ein Tabuthema, jedoch die VVN-BdA durchbricht dies Tabu.

»Wie war es möglich, dass Hitler Anfang 1933 die Reichskanzlerschaft angetragen werden konnte? Wie war es möglich, dass das faschistische Regime an der Macht innerhalb von sechs Jahren in der Lage war, einen Krieg zu führen und halb Europa zu unterjochen?« Antworten auf diese Fragen gibt das Buch von Günter Gleising, das kürzlich nach 10-jähriger Recherchearbeit im Bochumer RuhrEcho Verlag erschien und nun präsentiert wurde. ***US***

Die Aktion Spurensuche wird hier dokumentiert: www.verbrechen-der-wirtschaft.de oder kurz: http://bit.ly/2zpliwW

Auf einer NRW-Karte kann jeder erkennen, welche Aktionen bereits zur Aufklärung über die Rolle der ökonomischen Eliten im Nazireich gestartet wurden – und was noch zu tun ist, um zu mahnen: Nie wieder Allmacht der Konzerne. Eindrucksvoll die Fotogalerie von VVN-BdA und r-mediabase. Siehe hier: http://bit.ly/2gGcSKJ

Die bekannte und nachdrücklich wirkende Ausstellung zur Kriminalgeschichte der Wirtschaft »Sie haben Namen, Handschrift und Gesicht« von Diether Dehm und Eberhard Czichon kann ebenfalls auf der VVN-NRW-Seite betrachtet werden. www.nrw.vvn-bda.de/bilder/bankenausstellung.pdf oder kurz: http://bit.ly/2zprdmE

Besonders erfolgreich: Die Spurensuche in Herten: www.nrw.vvn-bda.de/bilder/spurensuche_herten.pdf oder kurz: http://bit.ly/2zqbtjl

Debatte um NSDAP-Mitglied Prof. Gotthard Schettler als »berühmtestem Sohn Falkensteins«

Ehrenbürgerschaft muss aberkannt werden!

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/ 4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Gotthart Schettler, geboren am 13. April 1917 in Falkenstein, studierte ab 1937 Medizin, promovierte 1942 in Tübingen. Nach 1945 lehrte er an verschiedenen Universitäten in der BRD. Schettler wurde ein in der Welt geachteter Spezialist für Herz-, Gefäß- und Stoffwechselkrankheiten, erhielt mehrere Ehrendoktor- und -professortitel, wurde u. a. mit dem »Bundesverdienstkreuz« ausgezeichnet – sogar »mit Stern«. 1992 wurde er Ehrenbürger seines Geburtsstädtchens Falkenstein. 1996 starb er.

Anlässlich des 100. Geburtstages im April 2017 erhielt die Sporthalle Falkensteins seinen Namen. Zuvor hatte der Verein »falkart« aus Falkenstein eine besondere Ausstellung mit jungen Künstlern aus der Region sowie einen »Vogtland-Kunstkatalog: Hommage. Schettler 1917 bis 2017« organisiert. Schirmherrin war die Sozialministerin von Sachsen. Bürgermeister Marco Siegemund (CDU) stellte fest, Schettler sei »der berühmteste Sohn Falkensteins«.

So weit, so gut – wäre da nicht die »dunkle Seite« des Prof. Schettler während der Nazizeit. Denn Schettler galt als strammer Nazi: Er war »Gaustudentenführer« im »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund«. 1941 wurde er Kriegsfreiwilliger bei der Luftwaffe und trat im gleichen Jahr in die NSDAP ein.

Schettlers Tätigkeit nach 1945 als ärztlicher Gutachter bei Wiedergutmachungsanträgen von NS-Opfern wurde von dem Medizinhistoriker Christian Pross bereits 1988 in seinem Buch »Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer« so beschrieben: »Obschon Schettler eine Anerkennung der Arteriosklerose als Versorgungsleiden bei Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft befürwortete, lehnte er gleichlautende Ansprüche von NS-Verfolgten in seinen Gutachten in der Regel ab.« Auch während der 1968er Studentenproteste in der BRD stellte sich Schettler an die Seite der alten Nazis: In der 1993 erschienenen Autobiografie brüstete er sich damit, einen der »unangenehmen Studenten unschädlich gemacht und mit einer Kieferfraktur in der Poliklinik abgeliefert zu haben«. Weiteres könnte hinzugefügt werden.

Davon haben die Falkensteiner Verantwortlichen nichts gewusst? Ist denn wirklich nie die Frage aufgekommen, was Schettler während des Krieges konkret gemacht hat? Und das, obwohl bekannt ist, dass 80 % der Ärzte – der höchste Prozentsatz unter Akademikern überhaupt – während der Nazizeit NSDAP-Mitglieder waren? Kaum zu glauben! Die Nazivergangenheit von Gotthard Schettler, sie wurde bewusst ausgeblendet und verschwiegen. Da nutzt es auch nichts, wenn Rainer Döhling von »falkart« jetzt einräumt, »man hätte sich doch noch umfassender mit Schettler beschäftigen müssen«. Der ehemalige Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister Falkensteins Rolf Steiniger forderte die verantwortlichen Politiker zu Stellungnahme auf. Wir seien nicht persönlich verantwortlich für die Menschheitsverbrechen während der Nazi-Diktatur. »Aber wir sind dafür verantwortlich, dass sich so etwas nicht wiederholt. … Diese Art der Erinnerung durch die Stadt Falkenstein ist nicht nur peinlich, … es ist verantwortungslos.« Die Sporthalle sei ein guter Ort, einen Menschen zu ehren, »aber bitte keinen Nazi«.

Die VVN-BdA fordert, Schettler die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen und die Sporthalle in Falkenstein umzubenennen.

Peter Giersich, Auerbach, Rolf Steiniger, Falkenstein

Gesichter des Widerstands

Die Dresdner Kulturbürgermeisterin Anne-Katrin Klepsch eröffnet die Ausstellung. Foto: Hartmut Weise

Unter diesem Titel wurde am 3. September 2017 im Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde zu Dresden eine Gemeinschaftsausstellung von Jüdischer Gemeinde zu Dresden und VVN-BdA Region und Stadt Dresden eröffnet.

Im Juli 1936 putschten Generale unter Führung von Francisco Franco in Spanien gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung, die »Zweite Spanische Republik«, aktiv militärisch unterstützt von Deutschland und Italien. Um die Volksfrontregierung zu retten, gab es eine beispiellose, weltweite Solidarität – die »Internationalen Brigaden« wurden gebildet. Nach unterschiedlichen Angaben kämpften etwa 30.000 bis 40.000 Menschen in den Internationalen Brigaden. In deren Reihen waren z. B. Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Muslime, Anarchisten… Somit waren auch die Motivationen verschieden und vielfältig.

Zunächst weniger bekannt war, dass etwa 5.000 bis 6.000 Juden, so die Schätzungen, den Putschisten Widerstand leisteten. Ihre jüdische Identität war unter Beachtung des weltweiten Antisemitismus ein bedeutender Beweggrund, auf der Seite der Volksfrontregierung zu kämpfen.

Vom 3. September bis zum 3. Oktober dieses Jahres konnten sich Interessierte davon überzeugen, dass Widerstand viele Gesichter hat – manche bekannte, aber überwiegend unbekannte. Zu den bekannteren Gesichtern gehören die Schwestern Úriz aus Badostáin in Spanien. Der Lebensweg dieser beiden Reformpädagoginnen im Spanien der 1930er Jahre wird in der Ausstellung nachgezeichnet. Zu sehen ist ihr Einsatz während des Spanischen Bürgerkriegs 1936 bis 1939. Gezeigt werden Bilder ihrer Emigrationsjahre in Frankreich. Dokumentiert ist ihr Kampf gegen den Hitlerfaschismus in der französischen Résistance bis zu ihrer Ausweisung durch die französische Regierung nach 1945. Asyl fanden die Schwestern übrigens in Ostberlin in der DDR.

Interbrigadisten aus der Region Dresden sind heute kaum noch bekannt. Auch deshalb waren von ihnen Biogramme angefertigt und ausgestellt worden. Zu ihnen gehören Ursula Amann, Peter Blachstein, Ludwig Renn, Friedrich »Fritz« Johne, Arno Hering, Fritz Baumgärtel, Gerda Taro.

Es war eine kleine Ausstellung. Zwölf Farbtafeln gaben einen Einblick in das Leben und Wirken der Schwestern Úriz, 13 gerahmte Biogramme erinnerten mit jeweils einem Foto und knappem, aber durchaus informativem Text an Interbrigadisten – nicht nur aus Sachsen.

Ein besonderer Höhepunkt war die Aufführung des Films »Madrid before Hanita«. Dieser Film des israelischen Regisseurs Eran Torbiner zeichnet die Schicksale der jüdischen Kämpfer in Palästina und Spanien nach. Er zeigt ihre Hoffnungen und ihren Kampf, aber auch Enttäuschungen und Verluste. Authentische Äußerungen noch lebender Zeitzeugen sind mit historischen Filmausschnitten, Dokumenten, Tagebuchaufzeichnungen und Briefen montiert.

Es bleibt danach noch lange still im Gemeindesaal. Der Film ist berührend und beklemmend zugleich. Nur wenige Zuschauer waren gekommen – leider. Unter ihnen aber auch junge Leute aus Hildesheim, die der Zufall an diesem Tag in das Gemeindezentrum geführt hatte. ***Sigurd Goldenbogen***